

# VORFRAGEN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 45

April/Mai 1980

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

## BALD URTEIL DES BUNDESARBEITSGERICHTS

# WEG MIT DER AUS-SPERRUNG-ABER WIE?

### Auf eigene Stärke bauen, nicht auf Staat!



Hunderttausende sind bereit gegen die Aussperrung zu kämpfen. Wird der DGB sie mobilisieren?

Seit Januar führt der DGB unter dem Motto "Die Aussperrung ist unstrittig!" eine bundesweite Kampagne. Sie soll allerdings kurz vor dem erwarteten Urteilspruch des Bundesarbeitsgerichtes zur Aussperrung ausgesetzt werden - man will die Richter nicht beschämen!

Diese Aktion wird es auch höchstens im Streit, aber 622.000 waren von Aussperrungen betroffen!

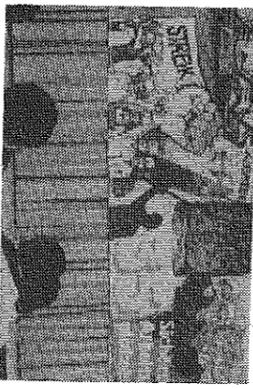
Damit machen die Unternehmer deutlich, daß sie die Gewerkschaften ausbluten und die Streiks mit der Aussperrung unterlaufen wollen. Den Kollegen soll ihr einziges Druckmittel genommen werden, das sie besitzen, um sich gegen die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel, Gewinne und Rationalisierungsinvestitionen zu wehren. Die Aussperrungstaktik hat Tradition und wird seit mehr als 100 Jahren

## AUSSCHLUSS FÜR HUCKINGER MANNESMANN-BETRIEBSRAT?

# KEIN VERFAHREN GEGEN HERBERT KNAPP!

### IGM-Vorstand geht gegen unbehaglichen Kritiker vor

Der IG Metall-Vorstand hat gegen Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Hückingen (ca. 9.000 Beschäftigte), ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet. Wahrscheinliches Ziel: Ausschluss aus der IG Metall, zumindest Funktionsverbot für den Kollegen Knapp. Damit soll ein engagierter und profiliertester Kritiker an der Politik der IG Metall-Zentrale zum Schweigen gebracht werden. - Westhalb Herbert Knapp? Westhalb kann sie keine Kritik vertragen? Was sind die Hintergründe für diese Affäre?



Anschließend: Versuche der IGM-Spitze, dieses Ergebnis als "historischen Erfolg" an die Mitgliedschaft zu verkaufen.

Einer der profiliertesten Kritiker damals (wie seit langem schon und auch heute noch): Herbert Knapp, seit 33 Jahren IGM-Mitglied, seit 15 Jahren Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der IGM-Ortsverwaltung und der Großen Tarifkommission.

Herbert Knapp: in den Gewerkschaften hat sein Name seit Jahren un-ter engagierten und kritischen Kollegen einen guten Klang. Warum? - Weil er an der Spitze einer Belegschaft steht, die als eine der kampfstärksten bundesweit eine politische und gewerkschaftliche Ausstrahlung besitzt.

### DIE HINTERGRÜNDE

Mehr als ein Jahr ist seit dem Stahlarbeiterstreik von 1978/79 vergangen:

Offizielles Kampziel: Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Ergebnis: Tarifvertragliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche für 5 Jahre (1) bei leichten Verbesserungen in der Lohnstrategie.

### »FAIRNESS« IM WAHLKAMPF

Hört sich an wie eine gute Idee. Damit im Wahlkampf nicht zu hart aufeinander eingeschlagen wird, soll eine Schiedskommission gebildet werden. Je ein Vertreter von CDU, CSU, FDP und SPD und ein ehemaliger Militär-bischof sollen in ihr sein. Sie darf mit einfacher Mehrheit "unfairer" Wahlkampfteil öffentlich verurteilen.

schänden. Was hat denn auch die CDU/CSU mit Flächenaussperrung und Massenentlassungen zu tun? Die Krupps und Flicks sind ja schließlich auch nur einfache Mitglieder des GDL-Wirtschaftsrats. Und ihre Spendenmillionen entsprechen prozentual zu ihrem Vermögen auch nur den Groschen, die die Arbeiter der SPD als Wahlhilfe geben.

Solange der Wahlkampf der SPD mehr Schmidt-Reklame ist, und sich nicht auf die Forderungen der Arbeiterbewegung nach Sicherung des Lebensstandards, der Arbeitsplätze, der sozialen Sicherheit - und damit nach einem sozialistischen Programm - stellt, solange besteht kaum die Gefahr, daß allzu viele Arbeiter den Parteien des Kapitals einen unfaireren Wahlkampf beschreiben. Einen Wahlkampf der SPD mit sozialistischen Forderungen, wie Verstaatlichung und Planung der Gesamtwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle, würde vielen Millionen Arbeiterrfamilien Antwort auf ihre drängenden Probleme geben. Der SPD wäre ein Wahlsieg sicher. Die Schiedskommission fände einen solchen Wahlkampf bestimmt "unfair".

- für zwei Christliche wäre er unchristlich,  
- für einen Liberalen - unliberal  
- und ein Bischof gäbe seinen Segen dazu.



"Fairer" Wahlkampf: gegen Strauß?

Man muß ja zugeben: Demokratie und Strauß in einem Atemzug zu nennen, wäre allerdings auch unfair, denn den Freund aller Pinochetmörderbanden und Schahblutthunde mit diesem Wort in Verbindung zu bringen, würde seinen Namen in diesen Kreisen auf ewig

# GEHT DGB-SPITZE NACH RECHTS?

Der Versuch, den Kollegen Knapp aus der IG Metall auszuschließen, ist kein Einzelfall. Er ist nur die Spitze eines Eisbergs.

Späterstens seit sich im Herbst letzten Jahres der DGB-Vorsitzende Vetter mit F.J. Strauß traf, und mit ihm ein Stühlerabkommen abschloß, steuert der DGB-Apparat verschärft auf einem Rechtskurs. Dieser neue Kurs ist in fast allen Einzelgewerkschaften zu spüren. Überall werden kritische Kollegen diszipliniert. Unbehagliche Funktionen streben unter Anpassungsdruck. Auf der anderen Seite bildet sich jedoch Widerstand.

Vor allem die Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften sollen an die Kandidaten genommen werden:

- \* "Straßerversetzung" des DGB-Jugendfunktionärs Hawreluk;
- \* Zensur einer Broschüre der DGB-Jugend zum Antikriegstag durch den DGB-Vorstand;
- \* Auflösung und Entlassung der alten Redaktion des DGB-Jugendmagazins "ran" (samt dem folgenden - bisher vergeblichen - Bemühen, einen CDU-Mann für die neue Redaktion zu finden);
- \* die Konflikte um die Oberurseler Bundesjugendschule

- dies alles ist kein Zufall und muß in einem einzigen Zusammenhang gesehen werden.

Das Stühlerabkommen zwischen Vetter und Strauß wird angewendet: Eine Ange-stellte beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden in Frankfurt wurde fristlos entlassen, weil sie sich weigerte, einen Anti-Strauß-Aufkleber von ihrem Kartenlocher zu entfernen.

In der IG Chemie versucht der Hauptvorstand (genannt "Rat der Götter"), seine Macht gegenüber der Mitgliedschaft zur Allmacht auszubauen und alle kritischen Kräfte auszuschalten.

"Es weht ein scharfer Wind", sagte uns ein aktiver und linker IGM-Funktionär. "Überall ist er

zu spüren. Man stößt auf Widerstand, sogar bei Initiativen, die früher noch selbstverständlich waren."

Dieser "scharfe Wind" basiert auf Angst:

- \* Angst der Führungsspitzen der Gewerkschaften davor, daß in den nächsten Jahren linke Kräfte mehr Einfluß an der Basis gewinnen könnten
- \* Angst davor, daß die alte Politik der Sozialpartnerschaft in den neuen Jahren der Krise nicht mehr lange geschluckt wird und eine Radikalisierung an der Basis beginnt.
- \* Angst davor, daß die Basis aktiver wird und die größten Bremser unter den hauptamtlichen Funktionären aus ihren bequemen Sesseln verjagen wird.

Einen Vorgeschnack zukünftiger Radikalisierung haben bereits die Streiks der letzten Jahre geliefert:

- \* beim Hafnarbeiterstreik im Januar 1978 lehnte eine Mehrheit das erste Verhandlungsergebnis ab und zwang die OTV zu neuen Verhandlungen.

Fortsetzung auf Seite 2

## ARTIKEL ÜBER

Fortfunde..... 5,2  
Hintergründe zum Fall Knapp..... 5,243  
60 Jahre Kapp-Putsch..... 5,445  
Fürka am Scheideweg..... 5,6  
Große Wärfel..... 5,7  
Mikroprozessoren..... 5,8

Rainer Diefse  
Goldbekufer 36  
2000 Hamburg 60

# VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Fdaken und Gewerkschaften.  
Erscheint seit Dezember 1973.  
Abopreis: 7,- DM, für 6 Ausgaben  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammelbergerstr. 75, 5630 Remscheid  
Bankverbindung: Postsparkasse Essen, H.-G.-Öhring, Konto Nr. 170 20-433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öhring  
Druck: Gegendruck, Essen

## Tarifrunde

DER KOMMENTAR

Jedes Jahr während der Tarifrunden tischen uns die bürgerlichen Zeitungen ihre Krisenanalysen auf. Die Aussagen sind immer dieselben: zu hohe Lohnforderungen würden nicht in die wirtschaftspolitische Landschaft passen und nur den Wohlstand der Bevölkerung gefährden. Man versteht gerne auf die "Lohn-Preis-Spirale" und tut im allgemeinen so, als ob die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen über das Schicksal der Wirtschaft entscheiden könnten.

Doch ein etwas genauere Blick entzerrt dieses von Unternehmern und Presse so gern gezeichnete Bild. Es sind nicht die Arbeiter, die das Sagen haben, sondern die 100 größten deutschen Industriekonzerne, die über 50% des gesamten Industrieumsatzes vertigen. Nur 500 Familien aus der Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbranche kontrollieren und bestimmen direkt das Einkommen von rund 3 Millionen Menschen. Es ist die Mehrheit der Bevölkerung, die unter der Profitwirtschaft zu leiden hat. Millionen sollen zurückstecken, Einbußen im Lebensstandard hinnehmen, damit einige wenige Millionäre ihre Profitspanne halten können.

Für alle wird das Leben zunehmend härter. Mieten steigen, wie auch die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel, Strom wird teurer, der Endverbraucherpreis von Gas klettert demnächst um mindestens 33% in die Höhe - von Öl- und Benzinpreisen ganz zu schweigen. Die Rentenerträge bleibt ungeklärt, das Gesundheitswesen hält sich noch vor einer Kostexplosion zurück. Der Abbau der Errungenschaften und Sozialleistungen schleicht sich hartnäckig heran.

Die Unternehmer schaffen die Existenzgrundlage vieler Familien durch Rationalisierungsmaßnahmen ab: Die Erweiterungsinvestitionen verringerten sich von 55% im Jahre 1970 auf 17% (1978). Ersatzinvestitionen stiegen dagegen von 11% (1970) auf 36% (1978). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Rationalisierungsinvestitionen von 3% auf 47%! Um Waren und Leistungen im Werte von 1 Mio. DM (zu heutigen Preisen) zu produzieren, waren 1952 noch 65 Arbeitkräfte notwendig, 1964 waren es 36 und 1976 nur noch 23!

Der Reallohnabbau schreitet voran. Immer mehr Arbeitnehmer geraten in die Steuerprogression (1976 noch 34%, 1979 schon 53%). Von 100 DM Gehaltserhöhung sind einem ledigen Arbeitnehmer nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben 1967 noch 78 DM geblieben; 1979 waren es nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler nur noch 47 DM!

Dies sind Zustände, die jeden Appell an die Gewerkschaftsführer zur "Mäßigung" zunichte machen sollten. Verantwortung im Sinne der Gewerkschaftsmitglieder und der gesamten Arbeiterbewegung muß dann heißen: Den Lebensstandard verteidigen und angemessen anhebeln! In den Tarifverhandlungen wird ohnehin nur der tarifliche Ecklohn zur Grundlage gemacht und so ist es gerechtfertigt, wenn in manchen Betrieben Forderungen von bis zu 20% und Sockelbeträge von 200 DM und mehr zustande kommen. In den Vorverhandlungen der Tarifkommissionen wurden diesen Forderungen dann allerdings die Flügel gestutzt...

Kollege Loderer von der IG Metall fühlte sich durch die Entschlossenheit der Unternehmer im Metallbereich gar nicht zum Kampf herausgefordert. Über den Abschluß von 6,8% meinte er: "Mehr wären vielleicht besser gewesen. Aber angesichts dieses starren Widerstandes der Arbeitgeber ist dies ein guter Kompromiß, mit dem wir leben können" (Betonung v. d. Red.). Wenn die Gewerkschaften nicht "Selbsthilfe und Kampforganisation" - so Vetter - darstellen, wozu dann Gewerkschaften? Mit Engen Loderers Einstellung ist es nicht verwunderlich, wenn die in vielen Betrieben geforderte stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nur in der äufßerst unzulänglichen Form einer einmaligen Sonderzahlung verwirklicht werden konnte. Lohnträger sind Machtträger. Der DGB könnte die stärkste gesellschaftliche Kraft sein - wenn sie genutzt würde. Wer aber von vornherein von der Entschlossenheit der Arbeitgeber so beeindruckt ist, der wird sich immer wieder auf solche Kompromisse einlassen müssen. Dann wirkt es aber makaber, wenn einen Tag nach Bekanntgabe der Metallergebnisse der Aufmacher-Artikel in der Metall-Zeitung von mächtigen Generalstreik gegen den Kapp-Putsch von 60 Jahren - "Sieg der Solidarität!" - erzählt.

Der Metallabschluss wird hingegenommen werden, doch nicht ohne Protest. So lehnte die Tarifkommission für Hessen Ende Februar den Kompromiß mit der richtigen Begründung ab, daß dauerhafte Verbesserungen für die unteren Lohngruppen nicht verwirklicht worden sind. Die IGM-Spitze dazu: Die Entscheidung der Tarifkommission habe nur empfehlenden Charakter. Der Vorstand habe sich bereits für die Annahme des Tarifergebnisses verpflichtet. Das Ergebnis war angenommen, obwohl die vor Ort arbeitenden Kollegen ihre Tarifkommission zur Ablehnung des Ergebnisses bewegen.

Die Mißachtung des IGM-Vorstandes gegenüber einer Mehrheitsentscheidung darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Vorstandskollegen sollten den Willen der Basis ausführen und zur Solidarität mit Mehrheitsentscheidungen aufrufen. Aber unsere Spitzentrunktionäre scheinen nicht viel von diesem Auftrag zu halten. Es wird höchste Zeit, die Satzung der IGM zu überprüfen, wenn sie so ein undemokratisches Vorgehen zuläßt.

Nur wenn in unseren Reihen Einigkeit über das Tariziel besteht, können wir unsere volle Kraft bei Tarifverhandlungen in die Waagschale werfen. Das sehr befremdende Verhalten des Vorstandes darf sich nicht mehr wiederholen. Der Abschluß in der Metallindustrie darf kein Signal für weitere Tarifrunden sein!

Nur Entschlossenheit auf unserer Seite kann Aussicht auf Erfolg haben. Hatenerbeiter, Stahlarbeiter und Drucker haben unlängst bewiesen, was für eine Kampfkraft in den Gewerkschaften schlummert. Davor haben die Arbeitgeber Angst. Darauf müssen die Gewerkschaften aufbauen. In der Krise muß man sich entscheiden: der Großunternehmer - oder die wahren Interessen der Lohnabhängigen.

Die 76 Mio. Gewerkschaftsmitglieder erwarten konsequentes Handeln seitens ihrer Führer: seit 1970 gibt es einen Geldwertschwund von 38% ! Unsere Vertreter in den Tarifkommissionen sollen wissen, daß unser Lebensstandard auf dem Spiel steht. Die Kollegen haben schon lange genug gewartet und geduldet. Jetzt kommt es auf tatkräftige Gewerkschaften und auf die breite Mobilisierung der Kollegen für erfolgreiche Abschlüsse an! Gegen den weiteren Angriff auf den Lebensstandard! Für den Sieg der Solidarität!

# IGM-Satzung ist undemokratisch

Die Satzung der IG Metall ist undemokratisch. Man könnte sie fast in zwei Sätzen zusammenfassen: 1. Die Basis hat fast keine Rechte. 2. Der Vorstand bestimmt über alles.

Dies trifft auch auf den §11 der IGM-Satzung zu: Hier sind die Richtlinien festgelegt, welche "Untersuchungs-Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten" betreffen.

Einige Kernpunkte:

\* Während des Untersuchungsverfahrens haben die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen. Ein in der Öffentlichkeit beschuldigtes Mitglied (wie z.B. Herbert Knapp), darf sich also nicht auch öffentlich verteidigen. Andernfalls kann es sofort und ohne Verfahren ausgeschlossen werden.

\* Die Untersuchungs-Kommission ist so zusammengesetzt, daß kaum die Gefahr besteht, daß sie mehrheitlich eine Empfehlung gegen den Vorstandswillen aussprechen wird. Laut Satzung wird der Vorsitzende vom Vorstand benannt, und je zwei Beisitzer von den beiden Parteien (Antragsteller und Beschuldigter). Da im Fall Knapp der Vorstand Antragsteller ist, steht es also schon von vornherein 3:2 für ihn.

\* Der Vorstand entscheidet, welche Maßnahmen gegen das angeschuldigte Mitglied getroffen werden. Die

## Reht DGB-Spitze nach rechts?

\* Hunderte von Kollegen setzten beim Stahlstreik 1978/79 die Große Tarifkommission der IGM unter Druck, indem sie vor und in deren Tagungssaal in Mülheim für die Aufrechterhaltung ihrer Forderungen demonstrierten.

\* Nach dem enttäuschenden Stahlergebnis - von vielen Streikenden öffentlich als "Verrat" tituliert - forderten Vertrauenskörper mehrerer Großbetriebe Konsequenzen und sprachen führenden Funktionen wie Herb, Loderer, Janßen und Mayr das Mißtrauen aus.

Die Gewerkschaftsführer wissen: diese Tendenzen werden zunehmen. Die Basis in den Betrieben wird nicht eingestillhalten. Viele Kollegen lassen sich nicht mehr alles gefallen, was sie in den blühenden Aufschwungsjahren noch hinnahmen.

# ►►► Rompffonds

Die Geldsammlungen für VORAN sind auch in den letzten beiden Monaten weitergegangen. Unsere Leser und Anhänger lieben uns nicht im Stich: 1.430,76 DM - das ist die Summe des Spendenaukommens für die Monate Februar und März. Vielen Dank!

Trotzdem - zur Ruhe setzen können wir uns nicht. Unsere Arbeit muß weitergehen. Dafür brauchen wir auch in Zukunft Geld. Zumal die Spenden der letzten beiden Monate bereits wieder ausgegeben sind:

\* Auch uns hat die Verdoppelung des Heizölpreises hart getroffen: mehr als 700 DM mußten wir kürzlich für einen 1000-l-Tr.-Tank blechen.

\* Zwei Monatsmieten à 220 DM für unsere Redaktionsräume waren fällig.

\* Büromaterialien im Wert von rund 300 DM mußten ersetzt und neu eingekauft werden (wobei wir uns hier für die Hilfe eines Lesers aus Remscheid bedanken, der uns die Sachen über den Großhandel besorgte - ansonsten hätten wir gut und gerne das Doppelte ausgegeben müssen!)

Ihr seht also: Wir sind auf das Geld unserer Leser, auf Eure Spenden angewiesen. VORAN konnte bisher nur erscheinen, weil ihr uns geholfen habt. VORAN wird auch in Zukunft nur erscheinen können, wenn ihr uns weiterhin helft.

Wir brauchen Geld. Wir brauchen es sofort! Denn wir haben noch Schulden: 1.200 DM fehlen uns noch. Dann haben wir den neuen Schreibautomaten abgegültigt. Zusammenbruch. Wie ihr seht, könnt, tut sich das "i" so

Untersuchungskommission empfiehlt nämlich nur irgendwelche Disziplinarmaßnahmen. Selbst wenn sie "Einstellung des Verfahrens" empfiehlt, kann der Vorstand "Ausschluß des angeschuldigten" beschließen.

\* Gegen den Vorstandsbeschluß kann Beschwerde eingelegt werden: zunächst beim Kontrollausschuß, danach beim Beirat. Die Möglichkeit, den Gewerkschaftstag (das laut Satzung "höchste Organ" der IGM) über einen Ausschluß beschließen zu lassen, oder gar die Basis nach ihrer Meinung zu betragen, besteht nicht.

Ist also der Ausschluß Herbert Knapps eine schon längst beschlossene Sache? Es scheint so. Wenigstens, wenn es nach dem Willen des Vorstands geht. Gibt es keine Möglichkeit, diese Maßnahme zu verhindern? Doch! Wenn die Belegschaft geschlossen hinter Herbert Knapp steht (was zweifellos der Fall ist), und wenn bundesweit möglichst viele Gewerkschafter ihre Solidarität mit ihm zeigen und ihrem Protest gegen das Vorgehen des Vorstandes Ausdruck verleihen - dann wird ein gewisser Druck auf den Vorstand ausgeübt. Es könnte ausreichen, um diesen zu zwingen, von seinen Maßnahmen abzusehen...

Theoretisch ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß Herbert Knapp per Vorstandsbeschluß aus der IGM ausgeschlossen wird, obwohl 9.000 Beleg-

Deshalb versuchen sie (nach der "Rädelstüthentheorie"), einzelne, bekannte und profilierte Köpfe herauszugreifen und abzuschlagen. Auf Dauer werden sie damit jedoch keinen Erfolg haben. Mit solchen Maßnahmen können sie nicht die tiefliegende Unzufriedenheit an der Gewerkschaftsbasis besitzigen, die einzelne Kritiker nur zum Ausdruck bringen.

Trotzdem ist natürlich jeder Gewerkschafter aufgerufen, solchen bürokratischen Maßnahmen gegen einzelne Kollegen Widerstand entgegenzusetzen. Außerdem kommt es darauf an, daß alle linken und kritischen Gewerkschafter aus dem gesamten DGB sich enger zusammenschließen, um die allgemeine politische Rechtswendung des Apparates abzuwehren.

Von einem IG Metall Mitglied

schaftsmitglieder durch ihre I schritt ermutigt und unmissverständlich zum Ausdruck bringen, daß sie einer solchen Entscheidung nicht zustimmen. Ist dies etwa demokratisch?!

Der Fall Knapp zeigt wieder e Es ist dringend notwendig, die I tall - wie auch die anderen DGB-Verkschaften zu demokratisieren. derentfalls können sie ihre Au nicht erfüllen: Kampfinstrumente Arbeiter gegen die kapitalistische Beurteilung zu sein.

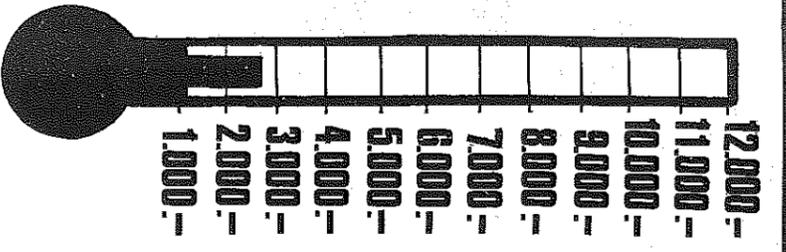
## IG Metall Satzung

Die Satzung muß geändert werden. Nach dem Stahlstreik haben viele Kollegen bereits verschiedene Klausuren Frage gestellt; so z.B.:

- \* die erforderliche Mehrheit vor bei Urabstimmungen, die es einer Mehrheit von 25,1% gestattet, ein reichendes Ergebnis für anzunehmen.
- \* die Tatsache, daß die hauptamtlichen Bezirksleiter vom Vorstand in Funktion eingesetzt werden und an Weisungen gebunden sind, anstatt sie von den Mitgliedern in Funktion gewählt werden (mit jederzeitigen Möglichkeiten einer Wahl).
- \* die alleinige Entscheidungsweite Vorstands über Streik und Ann von Verhandlungsergebnissen, gegen den Willen großer Mehrheit bei Urabstimmungen.

Die Mitgliederbasis der IGM mit wesentlichen Entscheidungen treffen können. Bei Untersuchungen fahren wegen "gewerkschaftsschädigendem Verhalten" müssen die Mitglieder voll und ganz über die Beschuldigung informiert werden. Der Beschuldigte muß die Möglichkeit haben, sich öffentlich gegen alle Anschuldigungen zu verteidigen. Keine Schweigepflicht für schuldig! Keine Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen! Hohe Transparenz! Hohe demokratische Öffentlichkeit bei Verhandlungen und Sitzungen!

SPENDENKONTAKT: Angela Bankert, Pechla, Essen 2422 50-432



VORAN kämpft für eine sozialistische Demokratie. Deshalb: investiert Euer Geld VORAN!

# Was wollen die Mannesmäner?

Der Vorstand der IGM geht unserer Meinung nach nur deshalb gegen Herbert vor, weil er als Kritiker bekannt ist. Seine angeblichen Äußerungen sind nur ein Vorwand..."

In der Tat: der IGM-Gewerkschaftstag steht bevor (September 1980). Der IGM-Vorstand sieht sich anscheinend durch einige aus Duisburg kommende "heiße" Anträge bedroht, die in der Tendenz bereits in einer einstimmig beschlossenen Resolution des 420köpfigen Vertrauenskörpers vom 15.02.1979 angeklügelt wurden:

- 1. KONSEQUENZEN FÜR DIE TARIFKOMMISSION:
  - Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung/ Anteil der hauptamtlichen Funktionäre/ Art der delegierenden Be-funktion)
  - Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission
  - Öffentlichkeit für IGM-Mitglieder
  - Namentliche Abstimmung
  - Gebundene Mandat
- 2. SATZUNGSÄNDERUNG:
  - Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmung
  - Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat

Anträge, die in diese Richtung stoßen, würden dem Vorstand gar nicht schmecken. Andererseits ist der Unmut an der Gewerkschaftsbasis über die "abgehobenen Funktionäre" ein fruchtbarer Boden für solche Forderungen, um die sich eine innergewerkschaftliche Oppositionsströmung herauskristalisieren könnte.

# Schmutzkampagne und Lügenpropaganda

Auf einer öffentlichen Veranstaltung der Renschneider Jungsozialisten nahmen vier Betriebsratskollegen von Herbert Knapp zu den Hintergründen des Untersuchungsverfahrens Stellung.

"Greift Ihr mit Euren öffentlichen Äußerungen zum Fall Knapp nicht in ein schwebendes Verfahren ein, satzungswidrig?", war eine der Fragen. Die Antwort: "Wir können gar nicht in das Verfahren selbst eingreifen, weil wir darüber gar nicht informiert sind. Wir kriegen gar keine Auskunft über das, was unserem Kollegen Herbert Knapp gegenüber als 'gewerkschaftsschädigendes Verhalten' zur Last gelegt wird. Obwohl wir darüber schon in drei Briefen an die IGM-Spitze in Frankfurt Auskunft verlangt haben. Wir kriegen nur die ungläublichsten Gerüchte zu Ohren..."

Welche Unterstützung kriegen sie bisher aus anderen Betrieben? "Das ist schwer zu sagen. Die ganze Sache läuft ja erst an. Wir sind für jede Hilfe dankbar. Einige Kontakte zu benachbarten Grobbetrieben haben wir

Daraufhin angesprochen, meinen die Kollegen: "Wir sind keine Oppositionskräfte. Allerdings verstehen wir uns als sehr kritische Gewerkschafter. Kritik muß doch wohl noch erlaubt sein..."

Sie erläutern, was mit ihrer oben zitierten Resolution gemeint ist: "Betrachten wir uns mal die Tarifkommission bei unserem Streik. Da sitzen zuerst mal ca. 30 hauptamtliche Funktionäre drin. Und dann haben mehrere Betriebe aus der Stahlbranche je 1-2 Vertreter drin: Eine Glockengießerei mit 'n paar Dutzend Leutenchen genauso wie wir Mannesmäner mit fast 10.000. So kommt es, daß die Grobbletriebe mit 120.000 Beschäftigten (von damals rund 200.000 in der ganzen Branche) nur 17 Vertreter in dem 120köpfigen Gremium stellen. Und das soll repräsentativ sein?"

"Protokollpflicht, namentliche Abstimmung, gebundenes Mandat und Öffentlichkeit der Sitzung für IGM-Mitglieder ist genauso wichtig. Wir müssen kontrollieren können, was da vor sich geht. Sonst erzählen die uns einen von Pferd... Da gibt's platt einige, die überhaupt hinterher in ihren Betrieben, sie hatten in der Tarifkommission bis zum Geh't-nicht-mehr opponiert, aber die anderen hätten halt leider die Mehrheit gehabt. Was ihr was? In Wirklichkeit haben sie die Schnauze nicht einen Millimeter aufgekriegt..."

"Wir bezahlen die Leute, wir wählen sie in ihre Funktionen (wenigstens zum Teil) - aber zuzuhören, was die dann betonen, angeblich als unsere Vertreter und in unserem Auftrag, das dürfen wir

schon. Aber von oben werden uns natürlich dauernd Knüppel zwischen die Beine geworfen..."

Zum Beispiel? "Es läuft eine richtiggehende Flüsterpropaganda und Stimmungsmache gegen uns. Das geht über den Funktionärsapparat, überregional. Richtig mies, seit Monaten schon... Man schmeißt mit Dreck und Lügen gegen uns, weil die sachlichen Argumente ausgegangen sind. Nach dem Motto: 'Etwas wird schon hängen bleiben!'"

Und die Kampagne wirkt. Die "Hücklinger" wissen ein Lied davon zu singen. Wenn sie in Nachbarbetrieben um Solidarität bitten, begegnen man ihnen mit Mißtrauen, das nur schwer abgebaut werden kann.

"Daran ist der bewußt ausgestreute Streikbruch-Vorwurf schuld, der in der Öffentlichkeit immer noch nicht vom Tisch ist. Obwohl er bei einem Vertreter inoffiziell zurückgenommen wurde... Jedenfalls war es die psychologische Vorbereitung des jetzigen Ver-

wärtige Kampagne "Satzungsgemeinschaften Betrug zahlen!"

\* Nach dem enttäuschenden Streikergebnis gab es nur 3 Gewerkschaftsausritte (wovon 2 zwischenzeitlich wieder eingetreten sind). Im Gegensatz dazu haben damals bei Krupp-Rheinhausen und Thyssen-Duisburg jeweils mehrere Hundert Kollegen die Mitgliedsbücher hingeschmissen.

Diese starke Position der IG Metall im Betrieb ist nicht zuletzt der Person Herbert Knapps samt seiner Betriebsratsmannschaft zu verdanken. Sie wurde nur erreicht, weil Herbert Knapp und seine Leute ihre Aufgabe als eine politische betrachten: "Unsere gewerkschaftspolitische Aufgabe endet für uns nicht am Werkstor, nicht mal an den Landesgrenzen. Seit vielen Jahren haben wir aktiv mitgemacht, bei der Ostermarschbewegung, gegen die Norstrandgesetz, in der

nicht. Dann herrscht plötzlich Geheimdiplomatie..."

"Nach dem Streik haben wir ja auch personelle Konsequenzen gefordert. In der Öffentlichkeit ist dies dann verkürzt als 'Herb muß weg!' wiedergegeben worden. Aber nur einen Kopf auszuwechseln, das ändert nichts. Das ganze System, wie die Bezirksleiter in Ihre Positionen reinkommen, das muß geändert werden. Bisher wurden sie vom Hauptvorstand in Frankfurt ausgesucht und in den Bezirken eingesetzt. Außerdem sind sie an die Anweisungen aus Frankfurt gebunden. Wir meinen: die Mitglieder in den Bezirken müssen die Leute wählen. Und sie müssen an die Weisungen der Mitglieder gebunden sein! Wenn sie nicht mehr unser Vertrauen haben, dann muß die Möglichkeit bestehen, daß wir sie wieder abwählen können..."



Herbert Knapp (mit Helm) diskutiert während des Stahlstreiks mit Kollegen am Werkstor

fahrens, und es ist geschickt gemacht." Wie verhalten sich die DKP-Leute im Betrieb?

"Unterschieden haben die auch für den Herbert. Aber aktiv tun die nichts gegen den drohenden Ausschluß. Die fühlen sich ziemlich unwohl in ihrer Haut: einerseits können sie dem Herbert nicht die Solidarität verweigern, andererseits wollen sie um jeden Preis Konflikte mit dem Vorstand vermeiden." (Die meisten der Hücklinger Betriebsräte haben ein SPD-Mitgliedsbuch in der Tasche, d.Red.)

Der Apparat ist stark. Seine Verstärkungen reichen in alle Betriebe hinein. Die Stimmungsmache ebenfalls. Dies wurde auch im Rahmen der Renschneider-Veranstaltung deutlich. Nach Veranstaltungsende berichtet ein anwesender Kollege aus dem Renschneider Mannesmann-Röhrenwerk:

"Ich habe im Betrieb rumgefragt, ob noch Leute mitkommen wollen zur heutigen Veranstaltung. Da hat mein Vertrauensmann gesagt: 'Bleib weg da, laß die Finger davon! Ich würde da nicht hingehen. Der Knapp, der soll ja ein Dieb sein.' So wird da Stimmung gemacht. Eine richtige Hetze ist das. Ich glaube davon nichts, aber bei vielen Kollegen wirkt dies. Auf Rückfragen wußte mein Vertrauensmann auch nichts genaueres zu sagen. Er konnte nur Gerüchte murmeln..."

Die Frage stellt sich: Wer steckt hinter dieser Gerüchtrküche? Wer setzt diese Behauptungen in die Welt? Wem nützen solche Methoden? ■

der französischen Stahlarbeiter auf Paris) haben die Mannesmäner ebenfalls durch eine starke Delegation unterstützt. Für den kürzlich beendeten britischen Stahlarbeiterstreik haben sie 9.000,- DM gesammelt und dieses Geld mittels einer Delegation persönlich den Streikenden überreicht.

Die Mannesmann-Betriebsräte haben sich mit dieser konsequenten Politik nicht nur Freunde, sondern natürlich auch Feinde geschaffen. Vor allem ihre offene Stellungnahme gegen die Sozialpartnerschafts-Dusel-

- ihr Auftreten gegen die Konzentrierte Aktion  
- ihre weitreichenden tarifpolitischen Forderungen  
- ihre ständige Kritik an den unzureichenden Tarifabschlüssen  
haben ihnen ständig Schwierigkeiten mit dem "Apparat" bereitet. Weil sie jedoch versuchten, stets die Belegschaft über alle Vor-gänge informiert zu halten  
- stets offen und empfänglich für Kritik und Diskussionen aus den Reihen der Belegschaft zu sein  
- stets Kritik auch konsequent nach oben weiterzutragen und zu vertreten besitzen sie eine gute Verankerung in der Belegschaft. Dies drückt sich auch in einem persönlichen Stimmenergebnis von 63% für Herbert Knapp (bei den letzten Betriebsratswahlen) aus. Und darin, daß die überwältigende Mehrheit der 9.000köpfigen Belegschaft sich in

Fortsetzung von Seite 1

# Kein Verfahren gegen Herbert Knapp!

lege die Stimmung zusammen.

Ein anderer ergänzt: "Wir Mannesmäner standen ja in vorderster Front - zuerst beim Streik selbst und später auch als wir die Streikführung und das Verhandlungsergebnis kritisieren... Weil die Gewerkschaftsspitze keine handfesten Ergebnisse vorweisen kann, muß sie auf dem Gewerkschaftstag mit Konsequenzen rechnen. Um dem

zu begegnen, wird jetzt frühzeitig auf die Kritiker draingehauen! Aber davor haben wir keine Angst!"

## VORBEREITUNG DES VERFAHRENS

Schon im Sommer lief hinter den Kulissen eine Schmutzkampagne gegen die Mannesmäner. "Streikbrecher!" lautet der Vorwurf gegen sie. Auf IGM-Schulungen, auf Konferenzen, per Telefon und in der Boulevard-Presse (derselben, die während des Streiks aus allen Röhren gegen die IGM gefeuert hatte) wurde diese Lüge verbreitet. Eine Notbelegschaft hatte dafür gesorgt, daß während des Produktionsstillstandes die Hochöfen nicht zu Bruch gingen.

Das war in allen bestreikten Betrieben der Fall - nicht nur in Hücklingen! Außerdem hatte der Betriebsrat mit diesem Vorgang nichts zu tun: das Abkommen über die Notbesatzung der Hütte wurde zwischen Betriebsleitung und der Duisburger IGM-Streikleitung abgeschlossen!

Erst nach massiven Protesten der Belegschaft wurde die "Streikbrecher"-Kampagne stillschweigend gestoppt. Allerdings: eine offizielle Rücknahme des Vorwurfs und eine formelle Entschuldigung durch den Vorstand erfolgte bis heute nicht!

Offenbar verführ die IGM-Zentrale nach dem Motto: "Wenn man genügend Dreck schmeißt, wird schon etwas hängen bleiben!". Die Streikbruch-Kampagne diente offenbar der psychologischen Vorbereitung des Verfahrens gegen Knapp.

## REDEVERBOT FÜR KNAPP

Herbert Knapp selbst lehnt es ab, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Offenbar wurde ihm seitens der IGM-Spitze Schweigepflicht zu allem auferlegt, was das Verfahren betrifft. Das ist bei allen Verfahren üblich. In der IGM-Satzung wird dies wie folgt festgelegt: "Während des Untersuchungsverfahrens haben die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen." Ein Verstoß gegen diese Bestimmung hätte sofortigen Ausschuß zur Folge. Auf diese Weise ist es auch ausgeschlossen, daß sich die Basis, die einfachen Mitglieder eine eigene Meinung zu dem entsprechenden Fall bilden können. Noch bevor der Duisburger IGM-Bevolmächtigte Bultz am 11. Januar das Verfahren offiziell bekanntgab, mußten die Kollegen davon in einem - offenbar von der IGM-Spitze lancierten - Artikel in der "Neuen Ruhr Zeitung" (NRZ) vom 4.1.80 erfahren.

## PRÜGELKNABE KNAPP

Demnach werden dem Kollegen Knapp einige Äußerungen vorgeworfen, die er nach dem Stahlstreik in Ulm und Hamburg gemacht haben soll. In diese Städte war er von gewerkschaftlichen

Der Kollege Knapp hat diese Aussagen als Beauftragter seiner Betriebsräte und der Vertrauenskörperschichten angenommen. Diese haben gar den Auftrag auf den Weg: auch unsere Stimmung und unser voll und ganz wieder, Herbert kein Blatt vor den Mund! Wir hinter Dir!", wie sich ein Betriebskollege erinnert.

"Wer den Herbert aus der IG rauschmeißen will, der muß die ganze Hücklinger Belegschaft schmeißen, wenn er konsequent denken nämlich genauso wie der Herbert", meinte er. "Der Herbert der Prügelknabe. Die hauen auf um uns alle zu treffen!"

## BELEGSCHAFT STÜTZT KNAPP

"Der ganze Betriebsrat, die Vertrauenskörper und die Belegschaft alle stehen wie ein Mann hinter ihm!"

"Wir haben schon 3 Briefe an Frankfurt geschrieben, um deren Meinung mitzuteilen. Interessierte da oben aber gar nicht..."

Shingemässer Inhalt des ersten Briefs: Die Kollegen beschwerten darüber, daß sie von dem Verfahren Herbert Knapp aus der Zeitung erfahren müssen und fordern, daß über die gegen ihn gerichteten Briefe - Zweiter Brief: Die Kollegen lie sich hinter Knapps Ulmer Äußerungen und stellen fest, daß die V gegen Knapp alle Mannesmäner seien. Sie fordern Einstellung des Verfahrens und bieten dem Vorstand spräche an, um Unstimmigkeiten zu klären. - Ein weiterer Brief nochmals die Einstellung aller gegen Knapp.

"Diese Briefe wurden alle mit von der Vertrauenskörperschichten beschlossen. Obwohl der erste schon Ende Januar rausging, haben bis heute keine Antwort gekriegt."

## ERFOLGREICHE UNTERSCHRIFTENAKTION

"Im Betrieb ist jetzt eine Stimmung. Wir sammeln Unterschriften auf rotem Papier, damit die wisst, wir stehen mit!"

(Inzwischen wurden diese roten - Unterschriftenlisten wie Kassisten von der IGM-Ortsverwaltung: ohne ihre Genehmigung niemand Flugblätter mit Zeichnung vertrauenskörper der IGM in Umlauf bringen. Diese Aktion war im Kopf der Unterschriftenverleiher. Die IGM-Zentrale ließen sich jedoch nicht entmutigen mit neuen Listen von Beginn an (IGM-Bereichung).

"Die Kollegen sind natürlich anders sauer darüber, daß die Ortsverwaltung versucht, unsere Unterschrift massiv zu behindern. Jetzt schreiben die erst recht! Wir sagen aus den Reihen der Belegschaft, weil wir nicht schon kritisiert, weil wir nicht schon her eine Unterschriftenaktion hatten. Jeder Kollege ist bemüht Unterschrift zu leisten. Die So ist einmalig!"

## SOLIDARITÄT MIT HERBERT KNAPP

Es kommt darauf an, daß auftretenden Gewerkschafter und stes aktiv mit Herbert Knapp stehen.

Denn die Mannesmäner nicht nur aus den Vorständen der IGM Druck. Auf der anderen Seite gleichzeitig eine Offensive der schäftsleitung begonnen. Seit Wochen schlägt sie gegenüber Betriebsrat und Vertrauenskörper einen Gangart ein. Ob dies Zufall oder spreche ist, das sei im Augenblick hingestellt..."

Jedenfalls braucht die mann-Belegschaft weiterhin triebkräfte, die sich kompromittieren lassen. Die Basisforderungen einsetzen! Die Basen Gewerkschaften brauchen Leute, die nicht vor der Scheinbaue macht, abgehobener Spitzenfunktionären, die längst nicht mehr was an der Basis los ist!

\*Solidarisiert Euch mit Knapp! Schickt Solidaritätsreden und -briefe an: "Peter H. Trioler Str. 56, 4100 Duisburg". \*Protestiert bei der IGM-Zentrale Frankfurt/Main gegen das Verfahren! Fordert die Einstellung der Maßregelung von Herbert Knapp! \*Kritische Schäftsmitgliedern!

# Vorbildliche Gewerkschaftsarbeit

Die Mannesmann-Betriebsräte von Duisburg-Hücklingen, die jetzt in der Schulnlne des IGM-Vorstandes stehen, gehören nicht nur zu den schärfsten Kritikern der offiziellen Gewerkschaftspolitik. Sie sind gleichzeitig auch loyale Gewerkschafter. Unter der Führung Herbert Knapps haben sie eine vorbildliche Arbeit geleistet:

- \* 99,8% aller Arbeiter bei Mannesmann-Hücklingen sind in der IGM organisiert.
- \* Von den Angestellten sind 93% in der IGM organisiert.
- \* Mannesmann-Hücklingen ist der einzige Grobbetrieb weit und breit, in dem es neben der IGM keine "gelben" Spalterorganisationen wie CMV und DAG gibt (auch keine RGO)

\* Mit mehr als 19 DM monatlichem Durchschnittsbeitrag für die IGM bei den Arbeitern und 21 DM bei den Angestellten liegt der Betrieb mit an der Spitze der IGM-Mitgliederbeiträge.

Vor 60 Jahren, im März 1920, löste eine Verschwörung reaktionärer Offiziere zur Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland einen Generalsstreik aus. Innerhalb weniger Tage brach das Militärregime kläglich zusammen. Dieser Generalsstreik stellt die größte und breiteste Solidaritätsaktion in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung dar.

Was sich damals in Deutschland abgespielt hat, lässt sich nur verstehen im Zusammenhang mit jenen von Kämpfen, Krisen und Revolutionen geschüttelten Jahren, die mit der russischen Revolution 1917 und der deutschen Revolution 1918 angingen und für Deutschland mit dem Sieg des Faschismus endeten.

NOVEMBERREVOLUTION

In der Novemberrevolution 1918 hatten die Arbeiter in allen wichtigen Städten Arbeiter- und Soldatenräte gegründet und damit begonnen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Aus Angst vor der Revolution hatten die Unternehmer weitgehende Zugeständnisse gemacht: bürgerliche Freiheiten, 8-Stunden-Tag, Erwerbslosenfürsorge, Frauenwahlrecht, soziale Absicherungen, um nur einige zu nennen.

Hinter den Kulissen verbündeten sich die rechten SPD-Führer (Noske, Ebert und Scheidemann) mit der Reaktion. Unter der Führung von Noske wurden "Freikorps" (Freiwilligen-Truppen aus reaktionären Kräften der versprengten Armee) gebildet mit dem Ziel, die Räte zu zerschlagen und die ungehinderte Herrschaft des Kapitals zu sichern.

Aber trotz vieler Listen und Tücken gelang dies nicht ohne weiteres. Das ganze Jahr 1919 zierten die "Freikorps" mordend durch das Reich, zerschlugen die Ansätze zur Arbeitermacht, baten die Errungenschaften der Revolution wieder ab. Die Arbeiter leisteten erbitterten Widerstand und reagierten mit neuen Streiks und Generalstreiks in einer Reihe von Industriezweigen.

AUSNAHMEZUSTAND

Anfang 1920 spitzte sich die Lage zu. Es herrschte Belagerungszustand im ganzen Reich, im Ruhrgebiet verschärfter Ausnahmezustand. Wegen der Milizanz der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet erlitten diese eine "Spezialbehandlung"; sie wurden durch die Truppen General Watters regelrecht eingeschlossen; jeder Streik, jedes Aufbegehren sofort durch eine Strafexpedition seiner Truppen brutal niedergewalzt. Als Regierungsvertreter wurde 1919 Reichskanzler Severing (SPD) ins Ruhrgebiet entsandt, der Watter bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hilfreich zur Seite stand. Die Ernährungslage wurde immer katastrophaler, der Lebensstandard sank stark. Bei eine Demonstration vor dem Reichstag gegen das geplante Betriebsrätegesetz (aus den Arbeiterräten sollten Betriebsrechte mit begrenzten innerbetrieblichen Mitspracherechten werden) schoß die Polizei in die Menge: 42 Tote.

Zwei Monate vor dem Putsch schrieb Stinnes (Kohle- und Stahlmagnat im Ruhrgebiet) in einem Brief an führende Regierungsmitglieder, daß die

Zeit gekommen sei, die parlamentarische Demokratie in Deutschland abzuschaffen, daß es "das Merkmal einer Demokratie sei, daß sie in Zeiten von Todesgefahr ihren Diktator findet", gleichzeitig stellte er Kapp, einem der beiden Anführer der Verschwörung, 1,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung, die über die Mitteldeutsche Kreditbank in Königsberg in monatlichen Raten von 125.000 Mark ausgezahlt wurden.

Nur 15 Monate nach der Novemberrevolution fühlte sich die Reaktion bereits wieder stark genug für einen Gegenschlag. Es war ein offenes Geheimnis, daß ein Militärputsch bevorstand. Was nur noch fehlte, war der Auslöser....

OFFENE KAMPFANSAGE

Am 1. März 1920 ordnete die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung (in Erfüllung des Versailleser Vertrages) die Auflösung von zwei der berühmtesten Freikorps-Brigaden an. Einer der betroffenen Soldaten aus der Marinebrigade unter Kapitän Erhardt schrieb:

"Dieser Noske - wir haben für ihn alles getan. Bei der Parade in Wunsdorf hat er uns in die Arme geblückt und erklärt: 'Ihr seid meine verlässlichsten Leute, ihr seid gekommen, um nur in meiner schwerigsten Stunde zu helfen, ihr habt in unserem geliebten Vaterland die Ordnung wiederhergestellt. Ich werde die Euch das nie vergessen und auch immer für Euch da sein.' Und dann wollte er unser Korps auflösen und uns auf die Straße werfen!"

Allerspätstens am 10. März wählten Ebert und Noske von der Verschwörung. An diesem Tage hatte sie General von Lüttwitz (von der obersten Heeresleitung) besucht und eine offene Kampfansage gemacht: er werde sich der Auflösung der Brigade Erhardt entschließen widersetzen. Noske gab daraufhin den Befehl, Kapp und einige seiner Freunde zu verhaften. Aber als die Kriminalbeamten auftauchten, fanden sie nur leere Büros vor. Die Verschwörer waren rechtzeitig von einem Polizisten vorwarn worden.

Am Abend des 12. März betahl General von Lüttwitz der Marinebrigade, auf die Hauptstadt zu marschieren. Mit Hakenkreuzen auf ihren Stahlhelmen rückten sie in den frühen Morgenstunden des 13. März in Berlin ein, während sich Kapp und seine monarchistischen Anhänger zu den neuen Herrschern Deutschlands erklärten. Die alte Reichsflagge wurde auf den öffentlichen Gebäuden gehißt, Kapp ernannte General von Lüttwitz zu seinem Oberbefehlshaber, Streiks wurden als "Verrat am Volk" und "Sabotage" verboten.

HERRSCHENDE KLASSE GESPALTEN

Die Führer dieser Verschwörung waren General von Lüttwitz (Oberste Heeresleitung) und Dr. Wolfgang Kapp (Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen), der 1916 die fanatische nationalistische Vaterlandspartei gegründet hatte. Dahinter stecken natürlich Großgrundbesitzer und Kapital: Vögler und Stinnes (beide Stahlbarone des Ruhrgebietes), Borsig (ein künftiger Nazi-Anhängler) und Kirdorf (ebenfalls Ruhrkohlemagnat und späterer Nazi-Cöchner).

Da haben mein Schwager und ich den in eine fahrbare Bahre gebracht und in die Klinik gebracht. Er schimpfte auf die Kommunisten, und da habe ich ihm gesagt: "Du weißt gar nicht, was Du da redest und was überhaupt los ist. Wir beide, wir sind Kommunisten. Die dich da auf der Straße verhaften haben, die haben mit der Kommunistischen Partei nichts zu tun."

Da war er dann platt. Dann erzählte er uns, er wäre früher Ober in Berlin gewesen, und als er dann vom Krieg zurückkam, war seine Stelle anderweitig besetzt. Da stand er da, hat keine Verwandte, niemand, mittellos, haltlos, entwürzelt. Da ist er dann zu der Schwärzen Reichswehr gegangen. Ich habe ihn später noch einmal besucht, denn in gewisser Hinsicht hat er mir beigefallen.

Dann kam die Meldung vom Bielefelder Abkommen, daß da wieder alles verrotten und verkaugt worden ist. Alles war niedergeschlagen: Die ganzen Oker umsonst. Wir waren richtig am Boden zerstört."

»Wir waren am Boden zerstört«

Als Sanitäter aus dem Arbeiter-Samariterbund hat Otto Rau den Kampf um Remscheld miterlebt. "Die hatten von Hagen aus in Wuppertal oben, am Hahnberg, ein paar Geschütze aufgestellt und schossen hier runter. Ich hatte mich auch um Waffen bemüht. Hier am Alexanderwerk sind auch ein paar Waffen verteilt worden, aber das war bitter wenig; Ich sagte mir dann: Du kannst auch als Sanitäter deinen Dienst tun...."

Wir haben die Lützower aus der Stadt vertrieben. Da hieß es dann: Im Schlachthof kämpfen sie noch. Wir gingen dahin, und da waren noch einige. Ein Teil verwundet, ein Teil hat die Hände hochgehoben. Die wurden dann abgeführt. Wir haben uns dann um die Verwundeten bemüht. Einer mit Hoden-schuß war dabei. Der hat furchbar gejamert. Einer fiel mit auf, weil er so einen furchbar verbluteten Verband auf dem Kopf hatte. Wie ich anfing seinen Verband abzumachen, flehte der mich an: "Werrat mich nicht, verrat mich nicht!" Als ich den Verband abhatte, sah ich, daß ihm überhaupt nichts fehlte. Der hatte sich nur eine Blinde ins Blut gesteckt und hell wegzukommen. Als wir vom Schlachthof zu unserem Standort zurückkamen, war da ein Soldat, den hatte die Zivilbevöl-

Vor 60 Jahren:

KAPP-PUTSCH Generalsstreik gegen Militärputsch mündet in bewaffneten Arbeiteraufstand

Grundsätzlich hat sich jedoch nur ein Teil der Bourgeoisie aktiv an dem Putsch beteiligt und ihn offen unterstützt. Vor allem die ostpreussischen Junker und Großgrundbesitzer, der ehemalige Landadel - also die reaktionärsten Teile der herrschenden Klasse - wollten die alten Verhältnisse wieder herstellen. Hinzu kamen die Ruhrgebiets-Kapitalisten, die jetzt die Stunde für ihre Generalabrechnung mit der kämpferischen Arbeiterschaft des Ruhrgebiets gekommen sahen.

Der größte Teil des Industrie- und Finanzkapitals war jedoch weitsichtig genug, um von Anfang an den abenteueralichen Charakter des Unternehmens zu erkennen und hielt sich im Hintergrund.

Auch die Reichswehr teilte sich in zwei Lager: aktiv unterstützt wurde der Putsch von den Truppen südlich der Elbe (Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Mecklenburg), in Bayern und im Ruhrgebiet. Entscheidende Teile der Reichswehr, so auch die Oberste Heeresleitung, verhielten sich jedoch "neutral", dachten allerdings auch nicht daran, die "rechtmäßige" Regierung zu verteidigen, die erst nach Dresden und später nach Stuttgart floh. Die SPD, die immer die Reichswehr gehänselt hatte, erhielt jetzt eine drastische Lektion in Sachen "Verlässlichkeit" und "Verfassungstreue" der Armee. Diese führte keinen Finger, um z.B. ihren bisherigen Freund und Förderer Noske zu verteidigen, sondern sah stattdessen mit wohlwollender Neutralität dem Kapp-Putsch zu.

WER TAGE KAPP-REGIME

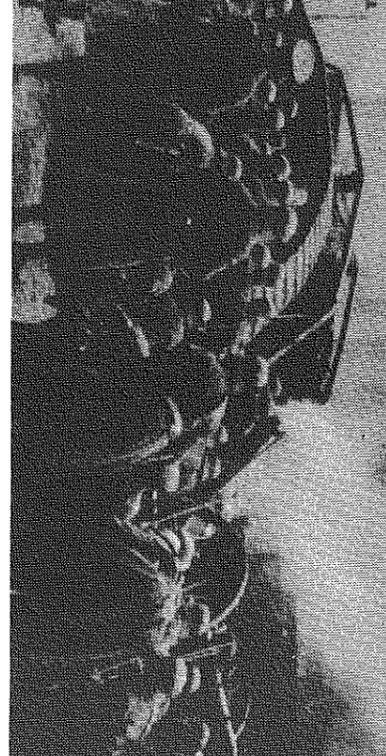
Am 13. März fahren in Berlin ab 17.00 Uhr weder Straßenbahnen noch Züge, gibt es weder Gas, Wasser noch Strom. Wenig später kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Soldaten. Die Arbeiter sind bereits zu einem Zeitpunkt in Bewegung, als sie noch gar keinen Aufbruch zum nationalen Generalstreik erreicht hat.

In Chemnitz wird unter Anleitung des späteren KPD-Führers Brandler ein Aktionskomitee aus Gewerkschaften und den Vertretern der drei Arbeiterparteien KPD, USPD und SPD gegründet, sowie auch eine Arbeiterwehr, die in Abwesenheit der Truppen die Führung in der Stadt übernimmt und Bahnhof, Post und Rathaus besetzt.

In Heinfeld bei Hanburg sperren die Mannschaften des 9. Regiments ihre Offiziere ein und verteilen Waffen an die Demonstranten. Ein Freikorps aus ehemaligen Balthum-Kämpfern unter Hauptmann Bethold wird in einer Schule eingeschlossen. Die meutrernden Soldaten und die Arbeitermilizen unterstützen von mehreren tausend bewaffneten Demonstranten, greifen das Gebäude an und überwältigen die Freikorps-Truppen.

GENERALSTREIKSGEGNER FÜHREN GENERALSTREIK AN!

Die Herrschaft des Kapp-Regimes wird durch den größten Massenstreik in der (sogar internationalen) Geschichte des Kapitalismus fortschreitend zerstört. Auf dem Höhepunkt sind 12 Millionen Menschen im Streik. Alle Räder stehen still, als die gesamte Arbeiterklasse sich geschlossen weigert, auch nur einen Finger für das verhasste Regime zu rühren. In Berlin milbachten sogar hohe Beamte einfach die Anweisungen der neuen Minister - "Verteilen" Geldscheinreihenschlüssel oder Gummi-stempel für amtliche Bekanntmachungen. Kapp kann nicht einmal jemanden finden, um die Plakate mit seinen Regierungserklärungen anzu-



Chronik

9. November 1918: Im Deutschen Reich entstehen überall Arbeiter- und Soldatenräte  
12. November 1918: Die Unternehmer gestehen den Arbeitern bürgerliche Freiheiten, 8-Stunden-Tag und Sozialreformen zu  
Nov./Dez. 1918: Die SPD-Führung verbündet sich mit der Reaktion zur Bildung von "Freikorps"  
15. Januar 1919: Ermordung der KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg durch Freikorps-Soldaten  
1919: In den Industriezentren dauern die Kämpfe weiter an. Vorläufige Rückschläge für die Arbeiter. Weitere Streiks gegen den Abbau der Errungenschaften der Revolution  
13. Januar 1920: Die Polizei schießt vor dem Reichstag in eine Massendemonstration gegen das geplante Betriebsrätegesetz: 42 Tote!

13. März 1920: Die Marine-Brigade Ehrhardt besetzt das Berliner Regierungsviertel. Die Regierung Ebert flieht nach Dresden. Kapp erhebt sich zum Reichskanzler. Arbeiter im ganzen Reich treten in den Generalstreik. Die ADGB-Führung stellt sich an die Spitze  
15. März 1920: Die KPD schießt sich dem Streikaufruf an, nachdem sie dies 2 Tage zuvor noch abgelehnt hatte  
für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD (Nur-Gewerkschaften unpolitischen "Nur-Gewerkschaftler" allerdings nicht daran hindert), 1916 den Ausschluß aus der Liebknecht und anderen Linken aus der SPD zu fordern.) Jetzt mußte derselbe Streikausschusses zusammen mit unabhängigen Sozialisten und Kommunisten einen Generalstreik führen.

Vorangetrieben durch die Wucht der Streikwelle befand sich der ADGB zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Situation, wo seine Forderungen im links von der SPD stellten. Er gab ein ziemlich radikales Neun-Punkte-Programm heraus - eine politische Notwendigkeit, wollte die ADGB-Führung nicht jegglichen politischen Einfluß auf die radikalisierten Arbeiter verlieren.

ABREITERREGIERUNG WIRD NICHT GEBILDET  
Ziemlich verwässert wurden diese Forderungen am 19. März von der Re-

Noske seinen Hut nehmen, was zwar das Ende seiner politischen Karriere bedeutete, aber keineswegs das Ende seiner Politik in der SPD-Führung. Die Truppen wurden aus Berlin entfernt und man versprach, keine offensiven Maßnahmen gegen die bewaffneten Arbeiter, besonders im Ruhrgebiet, zu treffen. Auch dieses Versprechen wart angesichts der weiteren Ereignisse glatter Zynismus.  
Zwei Tage zuvor war die Bildung einer Arbeiterregierung gescheitert, zu der Legien die USPD aufgefordert hatte. Allein die Tatsache, daß Legien sein Angebot an die USPD richtete, zeigt schon, für wie radikalisiert die Arbeiterklasse hielt. Doch die USPD weigerte sich, zusammen mit den "Arbeitermördern" des ADGB eine Regierung zu bilden, wenn dieser sich nicht ganz klar von seiner bisherigen Politik distanzierete und zur Diktatur des Proletariats bekäme. Der linke Flügel der USPD drohte sogar mit Spaltung, falls sich die Partei sich auf das Angebot kennzeichnete. Dieses Verhalten kennzeichnet die ZT. äußer-

Die USPD, die der ADGB-Führung offensichtlich mehr Durchschlagskraft zurtraute als den Arbeitermassen, die hinter einem sozialistischen Programm einer solchen Regierung gestanden hätten.

**KAPP FLIEHT NACH SCHWEDEN**

In den letzten beiden Tagen seiner kurzlebigen Herrschaft wenden sich selbst die Kapitalisten von Kapp ab. So wagt er sich der Reichsbankdirektor, 10 Millionen Reichsmark an die Regierung Kapp auszuzahlen. Und als Kapp am 16. März befiehlt, ab 16.00 Uhr alle Anführer und Streikposten zu erschließen, forderte selbst Bolsig ihn persönlich dazu auf, auf Gewalt zu verzichten, da die Einigkeit der Arbeiterklasse zu stark sei. Die Bourgeoisie erkannte in dieser Situation die Gefahr eines Bürgerkrieges, bei dem sie alles verloren hätte.

Da angesichts der Überlegenheit einer entschlossenen und kampfbereiten Arbeiterfront die Unterwerfung von entscheidenden Teilen des Großkapitals und führender Militärs ausgeblieben ist, sieht schließlich auch Kapp die Hoffnungslosigkeit seines Unternehmens ein - und begibt sich am Vormittag des 17. März auf die Flucht nach Schweden. Mit der Evakuierung der Brigade Erhardt aus Berlin am selben Tag war die Macht der Arbeiterklasse für alle Welt deutlich. Niemand zuvor und niemals nachher war die Solidarität unter den Wertarbeitern in Deutschland so groß wie während der Tage des Kapp-Putsches. Und niemals zuvor und niemals später gab es eine gleich günstige Gelegenheit, sich von den Kräften der Reaktion für immer zu betrennen und das Fundament für eine sozialistische Demokratie zu legen.

**ULTRALINKE POLITIK DER KPD**

Die KPD war - in Abwesenheit von Paul Levy, der im Gefängnis saß - zu diesem Zeitpunkt wieder unter dem Einfluß der ultralinken Kräfte in der Partei. Am 13. März gab die KPD-Zentrale einen Aufruf heraus, der sich gegen den Generalstreik wandte:

"Sollten sich die Arbeiter in diesem Augenblick zum Generalstreik erheben? Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war von den Ebert-Noske, waffenlos, unter schärfstem Unternehmerdruck, ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das Klar auszusprechen. Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da. Er ist da, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enttüllt haben wird."

Am folgenden Tag erwies sich diese Perspektive als vollkommen falsch, als das Ausmaß des gewaltigen Generalstreiks offensichtlich wurde. Die KPD mußte sich dann der Bewegung anschließen, sonst hätte sie sich endgültig zu einer kleinen Sekte abgestempelt.

Auch hier wieder die ultralinke und sektiererische Haltung, wie sie auch bei USPD zum Vorschein kam, die den anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung das eigene Programm ultimativ vorsezen will und erst dann zu gemeinsamen Aktionen bereit ist.

Die Mehrheit der KPD-Basis war allerdings beim Generalstreik von Anfang an dabei - wahrscheinlich weil sie die Wirklichkeitstäter dachte als die KPD-Zentrale.

Die Politik der KPD im ganzen Reich war dadurch sehr uneinheitlich. In vielen Orten arbeiteten Kommunisten mit Unabhängigen und Sozialdemokraten zusammen, verfaßten gemeinsame Aufrufe und bildeten gemeinsame Aktionskomitees - in anderen Orten, wie z.B. in Hamburg lehnten die KPD jede gemeinsame Aktion mit den "Sozialverfeßtern" ab. Im Erzgebirge/Vogtland wiederum gründete der dortige KPD-Führer Max Hoelz bewaffnete Formationen jugendlicher Arbeitloser, die sowohl Polizisten angriffen, als auch Läden und Fabriken ausraubten und Banken überfielen. Hoelz strebte eine "Aktivierung" der Arbeiter an, indem er Massensaktionen durch Kommandoüberfälle ersetzte.

In Berlin hatte sich die ADGB-Führung an die Spitze des Generalstreiks gestellt, um nicht die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren und ihn baldmöglichst wieder abblasen zu können. So kommt es in der Reichshauptstadt nicht zu größeren Kämpfen.

Im Ruhrgebiet hatten sich die Gewerkschaften schon von Anfang an durch Abwartepappele ausmanövriert.

**ARBEITER AN DER MACHT**

Doch nicht nur im Ruhrgebiet dauern die Kämpfe an: In Leipzig, Frankfurt, Halle und Kiel kommt es zu weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Matrosen in Wilhelmshaven, meutern, verhaften den Admiral

betriert auf der Grundlage der Verhältnismahl gewählt: 10 Kommunisten, 9 Sozialdemokraten, 10 Unabhängigen und einen Demokraten. Heinrich Brandler, der später Führer der KPD werden sollte, ist einer der drei Präsidenten des revolutionären Organs, dessen Macht und Prestige sich auf das ganze umliegende Industriegebiet ausdehnt, wo die reaktionären Kräfte entwaffnet und neutralisiert und die Arbeiter bewaffnet werden. In Ablehnung der Arbeitereinheitsfront sagte der Aufruf der KPD weiter: "Wenn in dieser Stunde der Gefahr" die blutbedeckten Vertreter des Sozialismus oder mathertzige Schwachköpfe die Arbeiter zu "Sammlung" aufrufen, so antworten wir ihnen: es gibt nur eine Sammlung, die keine Lüge ist, die Sammlung, um das rote Banner des Kommunismus."

(Es gibt in der Politik der Chemnitz KPD Ansätze zur späteren Taktik der Arbeitereinheitsfront, mittels derer es der KPD im Jahre 1923 gelang, die Mehrheit der Arbeiter für sich zu gewinnen. Daß die KPD 1923 ihre Chancen wieder verspielte, das kann hier leider nicht weiter erörtert werden.)

Deutschland befand sich weitgehend unter der Kontrolle von Vollzugsräten oder Aktionskomitees, die von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften gebildet wurden, und die den Kampf gegen die Putschisten geführt hatten.

Faktisch waren die Arbeiter einige Tage lang an der Macht. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen, -Arbeiterräte, Vollzugsräte, Aktionskomitees, Streikkomitees, die Arbeitermilizen spielten die Rolle von revolutionären Machtoorganen und stellten in der Praxis die Frage nach der Macht und der Regierung auf die Tagesordnung. Aber die Chance ging ungenutzt vorüber...

Die reaktionären Verschwörer hatten gedacht, sie könnten sich durch einen Truppenmarsch in Berlin zu den Herrschern über ganz Deutschland aufschwüngen. Die Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet brachten ihnen jedoch sehr bald bei, daß sie sich gründlich verschätzt hatten.

**SPD UNTERSCHREIBT "DIKTATUR DES PROLETARIATS"**

Am 15. März rufen die drei Arbeiterparteien (KPD, USPD, SPD) im Bezirk Niederrhein zum Generalstreik auf mit den Zielen:

1. Diktatur des Proletariats
2. Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige

Der Generalstreik nimmt die Form eines bewaffneten Aufstands an. Die Stimmung unter den Arbeitern war durch Erschließungen und andere Provokationen der Reichwehrosoldaten an Siegedeputiert angelangt. Als der militärische Oberbefehlshaber für das Ruhrgebiet, General Watter, die militärische Besetzung der USPD-Hochburg Hagen und Umgebung anordnet, wird die Lawne des bewaffneten Kampfes ins Rollen gebracht.

In Wetter/Ruhr greifen die Arbeiter mit wenigen Gewehren eine Lichtschlagtruppe an und bringen der Reichswehr eine verheerende Niederlage bei. Es folgen wenig später weitere Siege im Raum Hagen. Waffen aller Art fallen den Arbeitern dabei in die Hände. Sie beginnen mit dem planmäßigen Aufbau ihrer eigenen militärischen Einheiten.

Am 17. März werden die Lichtschlag-Truppen aus Dortmund vertrieben. Im Rathaus regiert nun ein Aktionsausschuß aus KPD, USPD und Syndikalisten.

**BEWAFFNETE KÄMPFE AN DER RUHR**

Die Eroberung Dortmunds feuert die Kampfbereitschaft der Arbeiter in den anderen Städten weiter an und untergräbt die Moral der Reichwehrruppen. Innerhalb weniger Tage ziehen diese sich fluchtartig aus dem Revier zurück und lassen den Arbeitern Kriegsmaterialien aller Art zurück.

In Renschfeld stoben nun zum dort stationierten Freikorps Litzow zahlreiche flüchtende Soldaten. Am 18. März beginnt die Entscheidungsschlacht um die Stadt. Arbeiter aus dem Bereich zwischen Hagen und Wuppertal kommen den Renschfeldern zu Hilfe. Am Tag darauf werden die Litzower entscheidend geschlagen. Ihre Resttruppen fliehen Hals über Kopf auf Solinger Gebiet, wo sie von britischen Besatzungstruppen entworfen und aufgenommen werden.

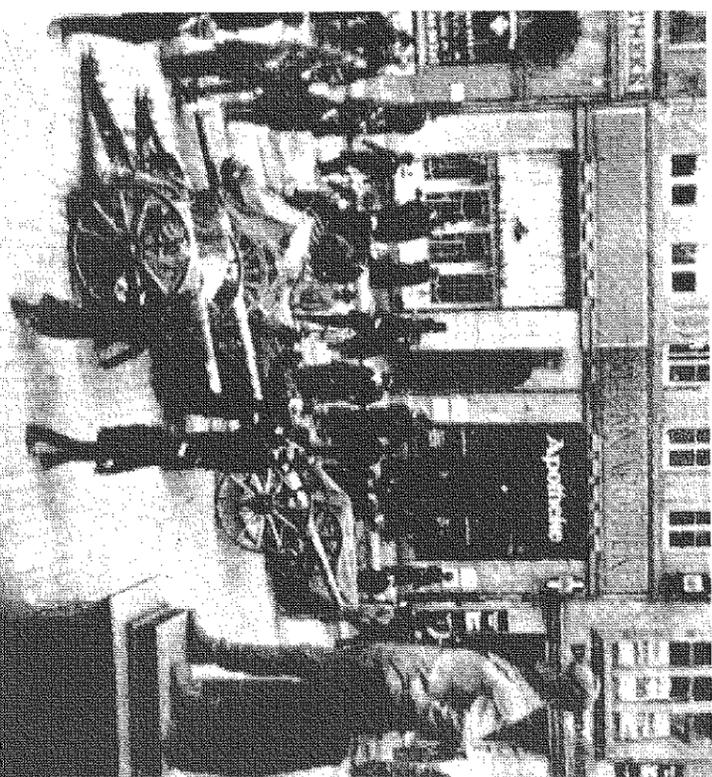
Ebenfalls am 19. März erobern die Arbeiter in verlustreichen Kämpfen die Ruhrmetropole Essen. Das militärische Oberkommando in Münster ordnet den Rückzug der restlichen Truppen aus dem Industriegebiet an. Am 20. und 21. März kommt es nochmals in Hamborn-Marloh, Walsum und Dinslaken (nördlich von Duisburg) zu schweren Kämpfen mit dem sich nach Wesel zurückziehenden Soldaten. Nicht-

beitern über. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie auch bis zu letzten Brei sind, um ihre Errungenschaften zu verteidigen.

**DIE "ROTE RUHRARMEE"**

Die "Rote Ruhrarmee" umfaßt auf ihrem Höhepunkt 50.000 - 60.000 Mann. Ihre Einheiten werden freiwillig auf der Grundlage von Fabrikgemeinschaften, Parteidistrikten, kleinen Ortschaften, Wohnbezirken und Jungesellenwohnheimen gebildet.

Ihr Sieg über die Reaktion und die Herrschaft der Vollzugsräte sind erste Ansätze zum Aufbau einer neuen Gewerkschaftsordnung. Doch weil es aus dem Stegreif heraus nicht gelingt, alle Kräfte zu koordinieren, und unter einer einheitlichen Führung zu zentralisieren,



Geschütze der Roten Armee auf dem Markt in Essen, vorn das Krupp-Denkmal

werden in den einzelnen Städten und Truppenabschnitten unterschiedliche Maßnahmen eingeleitet. Reaktionäre Bürgermeister werden abgesetzt, politische Gefangene aus der Novemberrevolution befreit. Die Rationierung von Wohnraum wird eingeleitet und der Wohnraum der Reichen an die Obdachlosen verteilt.

Arbeitervertreter kontrollieren bürokratische Lokalblätter und veröffentlichten ihre Bekanntmachungen der örtlichen Vollzugsausschüsse. Unternehmer gestehen unter dem Druck der Arbeitermacht Lohnzahlungen für die Streikfrage und Arbeitszeitverkürzungen zu. In einigen Städten wird der Alkoholausschank verboten, damit nicht nach langen Jahren der Entbehrung ein allgemeiner Feiernausch die Kampfkraft lähmt!

Doch gegenüber der bürgerlichen Justiz und Beamtenschaft bleiben viele örtlichen Vollzugsräte untätig. Das Fehlen einer einheitlichen Leitung rächt sich schon in der Frage der Lebensmittelschöpfung. Die Reichsregierung läßt Lebensmittelzölle beschlagnehmen, um die Arbeiter auszuhungern. Die rasch ausbrechende Knappheit führt dazu, daß sich die Vollzugsräte der Städte gegenseitig um einzelne Wagens fenden.

Und obwohl jeder einzelne Aktivist voll und nach bestem Wissen und Gewissen mitkämpft, wird selten bzw. nur im Ansatz versucht, allen Kollegen eine

politische Erklärung der Lage zu liefern und ihnen die Wahrheit zu sagen. Zehn Tage nach dem Ausbruch des Kapp-Putsches ist in Deutschland nur noch das Ruhrgebiet in Arbeiterrhandlung verbunden sich die rechte SPD-Führung mit der Reichswehr, um die Erhebung an der Ruhr niederzuzuschlagen. Doch Voraussetzung dafür ist, die politische und militärische Front der Arbeiter völlig zu zerschlagen. Für den 23. März beruft der Sonderbeauftragte der Ebert-Regierung, Severing, eine Konferenz von Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Vollzugsräten und Behörden nach Bielefeld ein.

**"BIELEFELDER ABKOMMEN": DER VERRAT AN DEN ARBEITERN**

Im Bielefelder Abkommen macht die Regierung den Arbeitern zahlreiche leere Versprechungen: Entwaffnung aller am Putsch Schuldigen, demokratische Verwaltungsreform, Sozialreformen, Inangriffnahme von Sozialleistungen... Dafür erkaufte sie sich die Unterwerfung von Arbeiterführern aus dem östlichen Kampfgebiet unter Hagen und dem Bergischen Land. Die Arbeiterführer akzeptieren damit den Waffenstillstand, die Waffenabgabe der Arbeiter, die Freilassung der gefangenen Soldaten und die Wiedereinsetzung der bisherigen Verwaltungsbehörden.

Die Hagenener militärische Führung ordnet den Abbau des östlichen Frontabschnittes an, ohne daß die Arbeiter im westlichen Ruhrgebiet überhaupt vom Bielefelder Abkommen erfahren hätten.

Die Bedingungen im Abkommen und die verschiedenen Ufnahmen von Regierung und Reichswehr waren ohnehin so abgefaßt worden, daß sie unter keinen Umständen von den Arbeitern eingehalten werden konnten. Die blutige Abrechnung war vorprogrammiert. Die Durchführung des Abkommens verursachte Verwirrung und Demoralisierung unter den Arbeitern wurde ausgenutzt, um rasch Truppen aus dem ganzen Reich, Zeitfreiwillige und reaktionäre Studenten um das Revier zusammenzuziehen. (In den Reihen dieser Studenten kämpfte übrigens auch der kürzlich verstorbene SPD-Senior Carlo Schmidt.) Von der Ebert-Regierung erhalten sie die "volle

Freiheit des Handelns", um zu tun, was die Lage gebietet".

Am 2. April beginnt der weiße Terror. An Arbeitern, Frauen und Kindern werden vorerstillbare Grausamkeiten verübt. Sie werden mißhandelt, erschlagen, erschossen. Die Zahl der Opfer des Terrors übersteigt wesentlich die Zahl der in den Märzkämpfen gefallenen Arbeiter. Tausende werden ohne "ordentliches" Verfahren verhaftet und in Zuchthäusern zusammengepfercht. In Sennelager bei Bielefeld wurden bis zu 1.200 unter KZ-artigen Bedingungen festgehalten.

Wenige Tage nach ihrem überwältigenden Sieg über den Kapp-Putsch hatte das Bündnis der rechten SPD-Führer mit der Reaktion wieder (vorläufig) "Ruhe" in Deutschland hergestellt. Schamweise verließen nun die Arbeiter die SPD. Bei den Reichstagswahlen in Juni 1920 fiel sie (von 11,5 Mio. Stimmen 1919) auf 5,6 Mio. zurück, während die USPD-Wählerzahl von 2,3 Mio. auf 5 Mio. anstieg. In sieben von zehn Industriegebieten überholte die USPD die SPD:

Berlin	USPD	42,7 %
	SPD	17,5 %
Leipzig	USPD	42,2 %
	SPD	9,1 %
Düsseldorf-Ost	USPD	32,8 %
	SPD	10,0 %

(\* Düsseldorf, Wuppertal, Renschfeld)

Doch dabei macht die Radikalisierung nicht halt. Die KPD, die im Juni 1920 400.000 Stimmen erhält, wächst im Oktober von 45.000 auf 80.000 Mitglieder an. Noch im selben Monat beschließt ein USPD-Parteitag den Anschluß an die Kommunistische Internationale. So machen im Dezember 300.000 neue Mitglieder die KPD zur Rest-USPD 1922 wieder mit der SPD vereinigt. Mit dem Kapp-Putsch werden zwar die großen Hoffnungen der Arbeiterklasse enttäuscht, aber die Arbeiter schloffen bald neue Kräfte, neue Führer und damit neue Hoffnungen.

**BAIS FÜR FASCHISMUS**

Der Kapp-Putsch war eine Frühwarnung vor dem Faschismus. Hitlers Ziele stimmten mit denen von Dr. Kapp weitgehend überein. Die Basis der Arbeiterparteien erkannte von Anfang an die Gefahr von Kapp und griffen fast instinktiv zu den effektivsten Abwehrmitteln: Aktionslosigkeit, Bewahrung, Bildung von Arbeiterräten oder Aktionskomitees als Organe der Macht. Wie die Geschichte der nächsten Jahre der Weimarer Republik zeigt, hatten die Führer der Arbeiterparteien, so gut wie nichts aus dem Kapp-Putsch und der sich daraus ergebenden revolutionären Situation gelernt.

Der Kapp-Putsch war der erste ernsthafte Versuch der rechten Kräfte, die Weimarer Republik zu stürzen. Seine Niederlage veranlaßte die Bourgeoisie, zunehmend zur Lösung des Faschismus zu greifen, weil man zu dem Schluß gekommen war, daß nur mit dem Rambock einer kleinbürgerlichen Massenbewegung eine so starke und kampfbereite organisierte Arbeiterbewegung wie die deutsche zerstört werden konnte.

Hans-Gerd Öffinger und Angela Banket Jusos Renschfeld

**»Ein Junge rächte den Vater«**

Im Lennep Rat hatten die Arbeiter gerade wieder so eine Versammlung gemacht. Da kamen die dort stationierten 22 Mann von der Reichswehr und ein Offizier auf den Markt und wollten die Versammlung sprengen. Sie stellten Maschinengewehre auf und gaben Befehl, wir sollten auseinandergehen. Verschiedene waren ja sehr ängstlich, aber das härteste mal sehen sollen. "Hau ab!", schrie da der Redner, und da gab der Offizier den Befehl, abzuhauen. Sie mußten sich nach Renschfeld zurückziehen. In Lennep hatten sie ja nichts machen können.

Als wir auf die Straße zuzogen, fing es schon an mit dem Knallen. Ich selbst habe keine Waffe gehabt, ich habe aber geholfen bei den Wasserkästen für die Maschinengewehre. Die aus dem Kohlenport haben ein Geschütz mitgebracht. Sie haben von Lüttrighausen aus ribergefeuert auf am Schlauchhof haben sie sich noch zur Wehr gesetzt. Da sind auch viele von den unseren gefallen. Die mußten sie über die Mauer rüber, und da haben sie sie abgeknallt!

Ich war bei der Truppe aus Hamborn, als wir die Freiheitsstraße hochgingen dem Schlauchhof zu. Auf einem Dach war ein MG-Nest, und an der Ecke, da gingen fünf Straßen auseinander. Da kam man nicht mehr durch. Ich habe da miterlebt, wie ein 15jähriger Junge seinen Vater gerächt hat. Ein Schuß traf meinen Mantel und ging ihm, weil er klein war, direkt ins Gesicht. Der Sohn hat bloß mit den Zähnen geknirscht. Als wir dann weiter an die Plakatsäule kamen, da konnten wir sehen, wo die Schüsse herkamen. Wir mußten dauernd in Deckung gehen und konnten nicht durch. Der Junge hat angelegt und aufgefäht. Auf einmal sah er einen Stahlhelm auf dem Dach. Er trat den einem Lastwagen nach Wesel, wo die schlimme Schlacht stattfand. Sie brachten zwei Tote mit. Die waren bei der Verteidigung einer belagerten Fabrik gefallen.

Schließlich kam es zum Waffenstillstand von Bielefeld. Die Stimmung war so, daß die Bevölkerung hier wenigstens dägegen war, daß die Waffen abgegeben werden sollten. Andere haben gesagt, wir kriegen unser Recht auch ohne Waffen - das waren hauptsächlich die SPD-Führer. In Bielefeld wurde über die Abgabe der Waffen beraten. Alle Zivilisten mußten die Waffen abgeben. Wir haben uns gefragt - wie kann man denn nur so blöd sein! Wie die Waffen abgegeben waren, da wurden sie frech. Dann war es zu spät. Dieses Bielefelder Abkommen 1920 war der größte Fehler, den sie machen konnten. Wir hatten ja schon eine richtige Arbeiterarmee zusammen, mit Führung

# TÜRKEI AM SCHEIDENWEG

## Faschismus oder Sozialismus



Arbeiteraufstand in Izmir: ein von Armeekugeln Verletzter wird von Kollagen weggetragen

Man stelle sich vor: Strauß gewinnt im Oktober die Bundestagswahlen und wird Bundeskanzler. Seine ersten Maßnahmen: Säuberung des gesamten Staatsapparates, der öffentlichen Verwaltungen, der Lehrerkollegien, Millitär, Bahn, Post usw. von SPD-Mitgliedern und -anhängern; Ersetzung der Entlassenen durch seine eigenen Anhänger; CSU-Mitglieder und bewaffnete NPD-Faschisten, welche begannen, die übrige Belegschaft zu terrorisieren. So behandelte Arbeiter einer Fabrik träten in Streik und besetzten ihren Betrieb. Als Antwort verhängte Strauß das Kriegrecht, wendete die Notstandsgesetze an und schickte 10.000 bis an die Zähne bewaffnete Bundeswehrsoldaten, welche mit Panzer-, Hubschrauber- und MG-Einsatz die besetzte Fabrik stürmten, ein Blutbad anrichteten und 1500 Kollegen unter KZ-ähnlichen Bedingungen ins Münchener Olympiastadion einsperrten ...

Klingt ein bischen unwahrscheinlich und übertrieben, oder? Klar, selbst wenn er wollte: Strauß könnte solche Maßnahmen in der BRD angesichts einer starken Arbeiterbewegung in den nächsten Jahren nicht durchsetzen, ohne einen Generalstreik zu provozieren. Aber das ist, auf deutsche Verhältnisse übertragen, was sich in der Türkei in den Monaten seit Herbst letzten Jahres in Wirklichkeit abspielte.

Ort des Geschehens: die am Mittelmeer gelegene Stadt Izmir. Beteiligte: mehr als 10.000 Arbeiter der "Tarsi"-Betriebe, die sich in staatlichem und genossenschaftlichen Besitz befinden, Name des "türkischen Strauß", Suleiman Demirel, der den Sozialdemokraten Bülent Ecevit nach den Wahlen Ende vorigen Jahres als Premierminister ablöste. Der Name seiner Partei: "Gerechtigkeitspartei" (AP). Seine faschistischen Hilfspolizei: die berühmtesten Kollerkommandos der MHP-Partei, die "Grauen Wölfe".

### Rückständigkeit und Krise

Hier endet der "Vergleich". Denn die Türkei läßt sich von ihrer inneren Struktur her nicht mit der hochentwickelten imperialistischen BRD vergleichen. Sie ist ein rückständiges Agrarland, deren arbeitende Bevölkerung von den internationalen Monopolen und den imperialistischen Staaten in Abhängigkeit gehalten und ausgebeutert wird.

Schon vorher nicht ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten, wurde das Land durch die Weltwirtschaftskrise 1974/75 in eine katastrophale Krise gestürzt. Die Auslandsschulden des Staates führten sich in riesige Höhen - bis hin zur Zahlungsunfähigkeit und zum drohenden Staatsbankrott.

# Wirtschaftsdaten zur Türkei

**INFLATION:** In den letzten 10 Jahren sind die Preise um 1st galopierend. In den letzten 10 Jahren sind die Preise um insgesamt ca. 800% gestiegen. Der Staat ließ die Notepresse auf Hochtour laufen, um die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Ausblähung des Geldumlaufs (in Milliarden Türkische Lira)		Relativer Preisanstieg (Index)	
Jahr:	1963 1973 1979	1963=100	1971=100
	1973-243	1973-243	1979=-739
Geldumlauf:	4,8 25 175		

Der Lebensstandard der Bevölkerung im Land ist unter dem Diktat des internationalen Kapitals in den letzten 10 Jahren um ca. 50% gesenkt worden. Die jährliche Inflationsrate nähert sich jetzt 100%!

### INDUSTRIE:

Nur sehr schwach entwickelt, in wenigen Städten konzentriert. Chronische Arbeitslosigkeit für 6 Millionen (geschätzt, offizielle Statistiken lügen). Die Industriekapazitäten sind zur Zeit nur zu ca. 30% ausgelastet. Im letzten Winter gabs kein Heizöl.

Im Vergleich zu Mitteleuropa ist die Türkei ein Entwicklungsland. Folgende Tabellen zeigen einen Vergleich zur BRD und zum EG-Durchschnitt:

Bruttosozialprodukt pro Kopf (in Dollar)	
BRD	ca. 8.500 Dollar (1977)
EG	ca. 6.000 Dollar (1978)
Türkei	ca. 800 Dollar (1975)

Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen in der BRD, in der EG und in der Türkei (in %):			
	BRD	EG	Türkei
Erwerbspersonen in Land-, Forst- und Fischereiwesen	8,5%	12,3%	64,0%
Warenerzeugende und verarbeitende Industrie	49,0%	43,7%	8,3%
Dienstleistungen, Staat etc.	42,5%	44,1%	27,7%

Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt in der BRD, in der EG und in der Türkei (in %):			
	BRD(1979)	EG(1970)	Türkei(1971)
Land-, Forstwirtschaft und Fischereiwesen	2,7%	5,3%	26,2%

### Militärs schon zwei Mal geschleift

Zweimal schon haben die Militärs in den letzten 20 Jahren die Macht übernommen: 1960 und 1971. Doch die Wurzeln der politischen Krisen konnten sie nicht beseitigen. Kapitalistisches Chaos verwandelt sich nicht unter den Füßtritten von Kommandostiefeln und auf das Kommando "Stillgestanden!" in wohlgeregnete Wirtschaftsbünte, besetzt keine Armut und überwindet keine Rückständigkeit.

### Landwirtschaft

Küster rückständig. Produktion sinkend. Masse der verelendeten Landbevölkerung kann kaum ihr Dasein fristen. 2% der Bevölkerung besitzen 70% des bebaubaren Landes. Mehr als 50% der Bevölkerung leben immer noch auf dem Land, obwohl in den letzten Jahrzehnten eine riesige Landflucht stattgefunden hat:

	1950	1977
Gesamtbewölkerung	21,0 Mio.	42,0 Mio.
Anteil Stadtbewölkerung	18%	45%
Anteil Landbevölkerung	82%	55%
Stadtbewölkerung absolut	3,8 Mio.	18,9 Mio.
Landbevölkerung absolut	17,2 Mio.	23,1 Mio.

Gleichzeitig wurden in den letzten 20 Jahren mehr als 2 Mio. Menschen auf der Suche nach Arbeit ins Ausland getrieben (hauptsächlich aus ländlichen Gebieten stammend).

### Außenhandel und Auslandskapital

Haupthandelspartner (und Hauptausbeuter) sind die bundesdeutschen Kapitalisten. Sie haben die USA aus der führenden Position verdrängt. Die Schlüsselposition der türkischen Wirtschaft sind voll und ganz in ausländischer Kontrolle.

Anteil des ausländischen am gesamten Kapital in den größten Firmen verschiedener Wirtschaftszweige (in Millionen Türkische Lira)			
	Zahl d. Firmen	Gesamt-kapital	absolut in %
Verarbeitende Industrie	94	3.521	1,518
Landwirtschaft	1	2	1
Bergbau	4	25	23
Dienstleistungen	19	705	320
Insgesamt	118	4.053	1.862

### Auslandsschulden:

Letzte "Sofort"-Hilfe der OECD-Staaten betrug 1,45 Mrd. \$ (organisiert von CDU-Klapp). Davon wurde jedoch bisher erst

Gold- und Devisenreserven:	
1973	2 Mrd. US-Dollar
1979	0,5 Mrd. US-Dollar

### Faschistische Gefahr

Diese Bewegungen sind noch nicht entscheidend besiegt. Sie stellen eine Gefahr für die weitere Herrschaft der türkischen Großgrundbesitzer und der Wucherer- und Händlerkapitalisten sowie des internationalen Finanzkapitals dar. Die herrschenden Klassen in der Türkei brauchen gegen die Beteiligungskämpfe der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen eine Waffe. Deshalb züchten sie die Terrorbanden der "Grauen Wölfe" heran, die unter der straffen militärischen Führung ihres Befehlshabers Türkes stehen.

"Graue Wölfe" fallen nicht vom Himmel. Sie werden systematisch ausgebildet, finanziert, mit Betrieben und Waffen ausgestattet und zu ihren Kommando-Aktionen losgeschickt. In der Türkei sind sie schon seit Anfang der 60er Jahre aktiv, wo sie in 34 Ausblähungslagern in Anatolien für ihre "Aufgaben" vorbereitet werden. Ihre Geldgeber sind reiche Geschäftsleute. Ihre Auftraggeber sitzen in den Schlüsselpositionen der türkischen Industrie und in den Chefetagen des internationalen Finanzkapitals.

Mit Hilfe des CIA und anderer westlicher Geheimdienste gegündet, stellten sie inzwischen eine massive Bedrohung für die türkische Arbeiterbewegung dar. Sie ermorden - wie Hitlers SA - aktive Gewerkschafter, brand-scharen Partei- und Gewerkschaftsbüros, terrorisieren Arbeitervertreter mit linker Wählerschaft und werden als Streikbrecher eingesetzt.

Ihre Partei, die MHP, hat in den letzten Jahren eine gewisse Massenbasis erobert: mehr als 2 Mio. Wählerstimmen beistehen dies. Ihre Wähler, Anhänger und Aktivisten rekrutieren die Faschisten - ähnlich wie die NSDAP - aus den Massen ruhmreicher Kleinbürger, aus dem Elendspotential der Großstadtlums, aus dem verzweifelten, 6 Millionen umfassenden Heer der Erwerbslosen (von denen die meisten noch nie einen Arbeitsplatz gehabt haben) und aus den Reihen der türkischen Jugend, die ohne Zukunftsperspektive darsteht.

### Gerechtigkeitspartei und Staat

Ihre Aktivitäten organisieren die "Grauen Wölfe" mit Duldung, offener Hilfestellung und Deckung des Staatsapparates und der neuen Regierung Demirel.

Dessen Partei, die Gerechtigkeitspartei, arbeitet auf allen Ebenen mit der "Grauen Wölfe"-Partei zusammen. Beispielsweise: benutzt sie deren Schlägertrupp als Saalordner bei ihren Veranstellungen.

In der Vergangenheit spielte sich der Staat zwar als "neutraler" Hüter von Recht und Ordnung auf, der gegen "rechten und linken Terror gleichermaßen" vorging. In Wirklichkeit wurden aber hauptsächlich Linke, aktive Gewerkschafter und kämpfende Arbeiter als "Terroristen" verfolgt. Die wenigen Faschisten, die je gerichtlich belangt wurden, kamen mit sehr milden Urteilen davon. Urteile gegen sie dienten in Wirklichkeit nur als Feigenblatt (Ähnliche Klassenjustiz kennen wir ja auch zur Genüge aus der Schlussphase der Weimarer Republik.)

Seit dem Regierungswechsel sind die meisten verhafteten MHP-Mitglieder aus den Gefängnissen "gelüftet". Demirel hat viele MHPler in Schlüsselpositionen

### Internationales Finanzkapital

All diese Maßnahmen nicht nur "mit Wissen, sondern weisung "demokratischer" P Westens. Deren Politik dient allein dem internationalen, Dessen Instanzen, der "Währungsfond (IWF) Weltbank, haben die Türkei

Handen. Seit Jahrzehnten als durch westliche "Demokratie", steht die Türkei heiligt, jetzt, da das Land an der Ruin. Jetzt, da das Land an der Bankrotts steht, werden ellitionale "Hilfs"-Programme: trommelt, um es vor revolutionären zu retten.

Die Herrschenden be gleichzeitig auf weitere Organisations endgültigen. Die "Erste Hilfe für Mann am Bosphorus" besteht der Lieferung 60 bundesdespard-1-Panzer, welche d werden, um rebellierende derzuwalzen.

Zusätzliche Finanzspr nur versprochen, falls fungen erfüllt sind: \* Abwertung der türkische 50% (das bedeutet einen um 100% über Nacht), \* Streichung aller Subver Staatsbetriebe (das bed Bankrott der Schlüsse das Land bisher mit Kohle, Fleisch, Mehl Lebensmitteln nordirfird auf jeden Fall bedeuturdoppelung der Preise d Lohnstopp für alle abh tätigen (was dies unter ständen bedeutet, brau wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in "unter allen Umständen" tet: "Schlagt Streiks i der, koste es, was es v Und Demirel führt aus - den letzten Punkt faschistischer Terrorban

### Teil II dieses Artikels

nächsten Ausgabe. Er folgenden Fragen bescl \* Gibt es auf kapitalist \* einen Ausweg aus de \* kann eine Volkstrom Bündnis aller demokr \* eine Diktatur ver \* Wie kann der Faste



# VORAN

## Mikrochips:

# DIEB. INDUSTRIE REVOLUTION

## Arbeitszeitverkürzer oder Jobkiller?

Wenn man sich auf der Behörde ein-

mal zu den Formularen durchgewühlt hat, so kann man schon hin und wieder am oberen Rand lesen: "Bitte deutlich schreiben, dieses Formular wird durch einen Computer gelesen." Viele Kollegen kennen auch die EDV-Anlage im eigenen Betrieb. Aber das ist noch gar nichts im Vergleich zu dem, was die neuesten Computertechniken und -anlagen inzwischen leisten können und was sie für jeden Kollegen in den nächsten Jahren bedeuten werden. "Der Speicherinhalt des menschlichen Gehirns... würde dann auf einer Speicherfläche von einem Quadratzentimeter Platz finden." Grobzügig geschätzt, so groß wie ein Pfennig.

Bisher standen die Techniken von Fernsprechen, Fernsehen und Datenverarbeitung fast ohne Übergang nebeneinander, dh. es gelang noch nicht, ihre Möglichkeiten zu verbinden. Das soll sich nun mit den neuen elektronischen Kleinteilen (Mikroprozessoren oder Mikrochips genannt) ändern. Mit ihrer Hilfe wird es in kurzer Zeit möglich sein, ein Diktat sofort niederzuschreiben oder in eine andere Sprache zu übersetzen! Ein Computer kann auch gezielt Auskunft geben. Zum Beispiel so: Ein Außendienstmann wählt die Telefonnummer des Computers; dieser sagt: "Gebensie die Auftragsnummer ein!" Der Auftragertippt eine Nummer in das Tastentelefon und schon gibt die Maschine Auskunft: "Hier der Stand der Auftragsbearbeitung Nr. 4809, Posten 1 und 3 ausgeliefert, Posten 2 teilweise ausgeliefert, 4 Einheiten zurückgestellt. Ende." Anderes Beispiel: Eine Datentypistin erfässt in einem Monat ca. 20.000 Belege, ein Belegleser schafft dies in einer Stunde. Ein anderes Gerät kann 10.000 Formulare abdrucken und eine Postbearbeitungsmaschine schnell, dann gleich portogerecht. Millionen Angestellte, besonders in unteren Lohngruppen, sind durch diese Apparate in nächster Zukunft betroffen. Jeder Kollege sollte sich einmal fragen, ob er solche Arbeiten nicht auch tut.

In Klein- und Mittelbetrieben wurden bisher technische Neuerungen nur vorsichtig eingeführt, weil sie zu teuer waren. Aber gerade für sie wird die neue Computertechnik zunehmend interessant! Kostete eine Transistorfunktion vor 15 Jahren noch zwei DM, so be-

kommt man sie heute für zwei Pfennig. Dabei steigen die Leistungen pro Einheit stark an. Hier gibt es noch einen großen Prozentsatz an Unternehmen, der z.B. noch keine EDV hat, so daß die Computerindustrie dort noch sehr viel arbeitsparende Anlagen absetzen könnte. Aber nicht nur die Herstellung wird vereinfacht, sondern auch das Produkt. Für die Herstellung einer mechanischen Uhr waren ungefähr 1.000 Arbeitsgänge nötig, mit der Mikroelektronik werden nur noch fünf Teile montiert! Für den gewerblichen Bereich haben die Unternehmer aber auch genug auf Lager. Bei VW arbeiten bereits Roboter im Liegen und Stehen, sie schweißen, lackieren, stapeln Kurzelwellen und wenden pausenlos Blechteile im 2-Schichtbetrieb. Besonders geeignet sind diese Apparate natürlich für Arbeiten in gesundheitsgefährdender Atmosphäre. Hierzu eine Unternehmensgemeinschaft: "Der Facharbeiter, der durch seine Ausbildung in der Lage war, ein Werkzeug manuell zu bedienen, wird überflüssig. An seine Stelle tritt eine Hilfskraft, die lediglich Maschinen beschicken muß." Dieses bekommen 310 Kollegen in einem Fernschreiberunternehmen zu spüren: 160 wurden auf die Straße gesetzt und 150 qualifizierte Facharbeiter wurden bis zu fünf Lohngruppen herabgestuft!

Die neuen Techniken kennen also keine Grenzen: sie überwachen, entscheiden, speichern, rechnen; sie können Fahrplanauskünfte erteilen, Maklerdienste tätigen, ausbilden und selbst neue Programme erstellen. In den USA wurden bereits 50.000 Haushaltscomputer verkauft, die Bankgeschäfte oder Steuererklärungen usw. übernehmen. Für sich betrachtet stellen diese Mikroprozessoren und ihre Möglichkeiten einen gewaltigen technischen und gesellschaftlichen Fortschritt dar. Wenn man nur mal die oben beschriebenen Tätigkeiten nimmt, können sie, sinnvoll eingesetzt, die Arbeit für jeden Arbeiter und Angestellten buchstäblich um das 10- und mehrfache verringern. Fragen per Knopfdruck, setzen per Tasteneingabe, Autoherstellung im 3-Schichtbetrieb, kontrolliert durch wenige Fachleute, die im Störungsfall nur kleine Platten im Computer austauschen brauchen.

sperrung finden in geschlossenen Sälen statt, zu denen nicht einmal jeder Kollege Zutritt hat. Die Diskussionen werden nicht auf Funktionsebene geführt - die Basis bleibt ausgeschlossen! Diese Vorgehensweise trägt ganz dem offiziellen DGB-Trend Rechnung. Zuviel Druck von unten auf die Gerichte könnte ja die Urteilsfindung beeinflussen. Deshalb wird die Organisierung des wirklichen Machtkampfes in den Betrieben ausgeklammert - zugunsten einer juristischen Spiegelbilderei! Selbst auf Gewerkschaftslehrgängen hat sich dieser Trend durchgesetzt: sie dienen weniger der Förderung einer guten politischen Betriebsarbeit als vielmehr der Vorbereitung für weitere juristische Fachseminare.

Die Verlagerung des gewerkschaftlichen Kampfes von der Betriebs- auf die Gerichtsebene verdeutlicht das Ausmaß, in dem sich unsere Spitzfunktionäre mit diesem kapitalistischen Strate-

Identifizieren. Sie glauben blaugelb an eine überparteiliche Demokratie und Rechtsprechung, für deren Wohlergehen sie die Gewerkschaftsbewegung zu einem bloßen gesellschaftsstabilisierenden Ordnungsfaktor entwüdigten!

Die Gewerkschaften, die Kampfortorganisationen sein sollten, werden in passive Urteilsempfänger verwandelt. Was nutzt es uns aber, wenn wir zwar Recht haben - dies sogar mit juristischen Argumenten belegen können - aber keine Macht hinter uns steht, die dieses Recht auch durchsetzt? Dem Recht haben und Recht bekommen sind zwei Paar Stiefel!

Die Kollegen haben nur ein Faustpand, das den Erfolg ihrer Aktionen garantiert: unabhängige und kampfbereite Gewerkschaften, die keine falschen Erwartungen in die bestehende kapitalistische (Rechts-)Ordnung haben. Dieses Faustpand wird jetzt aus der Hand gegeben. Man vernachlässigt die breite Mobilisierung der Kollegen,

Wir wissen jedoch alle, daß

von im Augenblick nur träumen können. Für die Drucker wars ein Alptraum; die neuen Bildschirme bedeuten eine Minderung der Arbeitsqualität und hatten nicht selten Lohn- einbußen bis hin zu Entlassungen zur Folge. Keine Frage, die Unternehmer möchten am liebsten ein Heer von willenlosen Halbdioten in ihren Fabriken und eine kleine Truppe von hochqualifizierten Facharbeitern haben. Was können wir dagegen tun? In diesem Kampf gegen den millionenfachen Abbau von Arbeitsplätzen in Betrieb und Büro muß die Gewerkschaft als Vertreter unsere Interessen am Arbeitsplatz in der vordersten Front stehen. Ihre Aufgabe ist es, jeden Kollegen über die Fakten aufzuklären. So sieht es nämlich aus: Die Mikroelektronik wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren jeden zweiten Arbeitsplatz (laut Bundesforschungsminister Häuß) nachhaltig verändern. 5.000.000 Arbeitsplätze nur im Büro- und Verwaltungs- bereich sind "gefährdet", dh. in sechs Städten von der Größe Hamburgs würde jeder Arbeitnehmer arbeitslos werden, ginge es nach dem Willen der Unternehmer.

Karl Marx hat vor 100 Jahren durch seine Untersuchungen über die Gesetze, die im Kapitalismus wirken, festgestellt, daß die Kapitalisten ihre Produktionsmethoden ständig und entschieden verbessern müssen, vor allem um konkurrenzieren zu können. Der Autor des DGB-Handbuchs "Mikroelektronik auf dem Vormarsch" (dem alle Daten hier entnommen wurden) spricht von der 3. Industriellen Revolution in 100 Jahren! Durch die Anwendung der Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus konnte Marx damals erklären, daß nicht nur die akuten Krisen der Marktwirtschaft - dh. Stagflation und Rezession - ein entscheidendes Merkmal für den Kapitalismus sind. Viel wichtiger ist der allgemeine Trend dieser Krisen, weil sie die gesamte wirtschaftliche Entwicklung bestimmen. Und jeder Kollege kann dies an eigenen Leibe feststellen: der Lebensstandard steigt weder, noch ist er gesichert. Die Tendenz zeigt nach unten, und die Entwicklung neuer Technologien spiegelt eine Seite des gesamten gesellschaftlichen Bildes wieder.

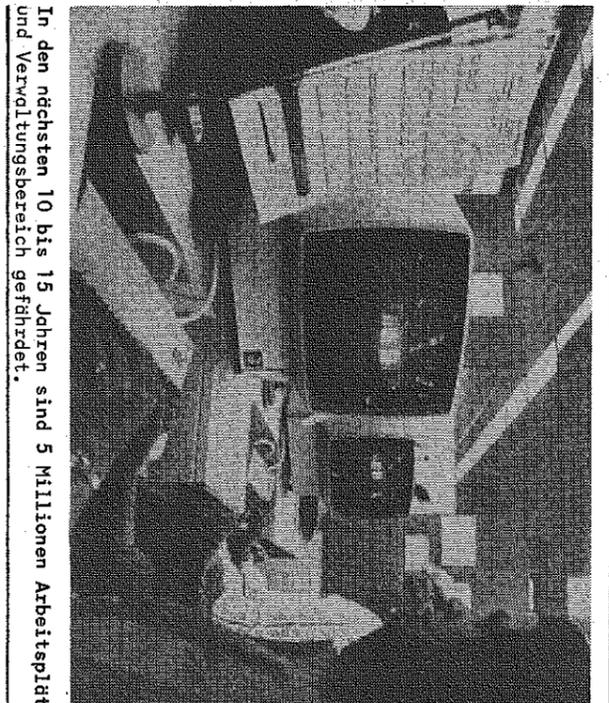
Die technologischen Entwicklungen werden also in alle Teile der gewer-

lichen und Dienstleistungsindustrie durchschlagen. Um die Gefahren von Massenlohnabstufungen sowie Entlassungen abzuwenden, müssen die Gewerkschaften ihren Kampf in allen Industriezweigen für alle Arbeiter zentral führen. So wird in einer Musterbetriebsvereinbarung des DGB gefordert, daß der Arbeitgeber den betroffenen Arbeitern gleichwertige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen hat, ohne daß eine Minderung des Einkommens herauskommt, und daß die Betroffenen auf Kosten des Unternehmers für eine gleichwertige Arbeit umgeschult werden müssen.

Aber wie sind diese Forderungen in die Praxis umzusetzen? Die Unternehmer setzen teure Geräte ein, damit sie durch Einsparung der (für sie ebenso) teuren menschlichen Arbeitskräfte den Gewinn wieder reinholen können. Solange sie die Betriebe und die Wirtschaft in der Hand haben, werden diese Forderungen nur schöne Vorschläge bleiben. Jede soziale Errungenschaft und jede Reform mußte erlangt werden, weil es um die Profite der Kapitalisten ging. Deshalb sind diese Forderungen nur realistisch im Zusammenhang mit der Forderung nach der Verstaatlichung der Banken und der Betriebe. Nur dann wird es möglich sein, auf Dauer die Forderung des DGB zu verwirklichen, die Arbeitszeit zu verkürzen und gleichzeitig der Arbeitsqualität sowie beruflicher Qualifikation. Und gerade weil der technologische Fortschritt fast jeden Industriebereich einschließt, muß der DGB den Kampf um die Forderung nach Sozialisierung der gesamten Wirtschaft führen.

Solange die DGB-Führung auf diesen gesellschaftlichen Kampf verzichtet, bleiben ihre Forderungen reformistische Träume. Sie werden auch nicht durch die Bildung von Arbeiter/Betriebsratskommissionen verwirklicht, wie sie von der DGB-Führung vorgesehen werden, die über alle mit Rationalisierung zusammenhängenden Fragen informiert werden müssen und die Einigung bei strittigen Fragen auszuhandeln hätten. Wir haben gesehen, was selbst die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie bedeutet: Letzten Endes werden die Interessen der Unternehmer doch durch-

gesetzt - und die Arbeiter in Aufsichtsrat sind wortförmlich! Wir brauchen daher für die Verwaltung der Betriebe Arbeiter und Gewerkschaften selbst, das eine Mehrheit Arbeiter garantiert. Eine Betriebsführung könnte folgen aussehen: besitzt zu je ein Vertreter der Arbeiter im Aufsichtsrat zu werden! Gewerkschaftsvertreter zu werden! Interessen der gesamten Rechnung zu tragen und Verantwortung zu übernehmen! Reglerung, damit die gesellschaftlichen Belange berücksichtigt werden! solche Verwaltung der Produktion voraus, daß die Banken in Staatseigentum werden: denn man kann trollieren, was man nicht betriebsförmlich in den von Ration betroffenen Betrieben Kollegen über die Frage Technologie aufzuklären! Kampf gegen Entlassungen! Herabsetzung der Arbeitslohn! Herabsetzung der Arbeitslohn! Herabsetzung der Arbeitslohn! Herabsetzung der Arbeitslohn!



In den nächsten 10 bis 15 Jahren sind 5 Millionen Arbeitsplätze im und Verwaltungsbereich gefährdet.

## Weg mit der Aussperrung - aber wie?

Fotsetzung von Seite 1

honoriert - ein für wahr gutes Rubrikessen...

Diese Tatsachen brachten auch Anträge zum 10. DGB-Bundeskongress zum Ausdruck, die sich unsere führenden Kollegen vom DGB vor ihrer Kampagne besser noch einmal in Erinnerung gerufen hätten. Dort werden die BAG-Richter unter anderem als "systemimmanent erzeugten und aus-

Überhaupt ist der plötzliche harte Kurs der DGB-Führung gegen die Unternehmer mit einigen Zweifeln behaftet. So mancher wird sich an den erst wenige Monate zurückliegenden Kuhhandel zwischen Vetter und Strauß erinnern. Damals versprach Vetter im Namen des DGB, Strauß zukünftig nicht mehr so hart zu attackieren. Es ist weiterhin kein Geheimnis, daß die "Konzertierte Aktion" wieder ins Leben gerufen werden soll. Gleichzeitig läuft eine Verlogungsstrategie gegen kritische Gewerkschaften, die sich für eine Umorientierung der bisherigen Gewerkschaftspolitik aussprechen.

Das Wortgetöse, das jetzt von unseren Spitzfunktionären zur Aussperrung zu hören ist - "Unternehmenswillkür", Verletzung der Menschenwürde" - wird daher als gespielte Entrüstung, billige Phrasendrescherei und hohler Moralduselei empfunden. Wann haben sich schließlich die Unternehmer der Arbeiterbewegung je "moralisch verbunden" gefühlt, wenn es heißt sie oder wir?!

Wer sich auf die Gerichte verläßt, ist verlassen. Die Arbeiterbewegung wurde, seitdem sie sich organisierte, von der Klassenjustiz gegängelt. Sie konnte sich gegen deren Verbote und Verfolgungen nur durchsetzen, weil sie mit Demonstrationen und Streiks ihren Platz behauptete. Nur so konnten die Sozialistengesetze im vorigen Jahrhundert zu Fall gebracht werden. Die Aktionen des DGB haben jedoch einen ganz anderen Charakter: Die Kundgebungen gegen die Aus-

lähmt somit die Kampfkraft und schafft mit einer falschen Vorgehensweise obendrein noch Illusionen.

Weitere Aussperrungen müssen unterbunden werden. Dies erreichen wir nicht, wenn wir sie als Verstoß gegen die Verfassung und des Sozialstaatsprinzip brandmarken oder an sonstige hehre aber falsche moralische Ideale appellieren, um die Unternehmer einsichtig zu machen. Die Aussperrung muß verhindert werden, weil sie den Lebensnerv unserer Gewerkschaften trifft, dh. die Organisationskraft, mit deren Hilfe die Arbeiterbewegung ihre Gesellschaft - die Arbeiterdemokratie - aufbauen kann.

Die DGB-Kampagne wird nur dann erfolgreich sein, wenn jetzt von den Gewerkschaften der direkte Kampf an der Basis organisiert wird und das Augenmerk der Kollegen auf die Änderung der Machtverhältnisse gerichtet wird.

Die Gewerkschaften, die Kampfortorganisationen sein sollten, werden in passive Urteilsempfänger verwandelt. Was nutzt es uns aber, wenn wir zwar Recht haben - dies sogar mit juristischen Argumenten belegen können - aber keine Macht hinter uns steht, die dieses Recht auch durchsetzt? Dem Recht haben und Recht bekommen sind zwei Paar Stiefel!

Die Kollegen haben nur ein Faustpand, das den Erfolg ihrer Aktionen garantiert: unabhängige und kampfbereite Gewerkschaften, die keine falschen Erwartungen in die bestehende kapitalistische (Rechts-)Ordnung haben. Dieses Faustpand wird jetzt aus der Hand gegeben. Man vernachlässigt die breite Mobilisierung der Kollegen,

# ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Offinger, PSOMA Essen Nr. 17020, 433 überlassen. (Abopret für sechs Ausgaben) Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:  
Adresse:

Redaktion "Vorran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75

Dieter Affeln SPD/IGM Hamburg

Ingolf Becker, Remscheid

# VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEMEKSCHAFT

**NACH DEM RÜCKTRIT HERBERT KNAPPS:**

## WIE SOLL DER KAMPF WEITERGEHEN?

### Stellungnahme der Redaktion VORAN

Der Austritt Herbert Knapps aus der IG Metall mitten in dem gegen ihn laufenden Untersuchungsverfahren des IGM-Bundesvorstandes hat auch uns überrascht. Nachdem wir alle unsere Leser zur aktiven Solidarität mit Herbert Knapp aufgerufen hatten, und nachdem mehrere geplante öffentliche Veranstaltungen nun wieder abgesagt und Unterschriftensammlungen eingestellt werden mußten, müssen wir uns jetzt fragen, was wir aus diesem Fall lernen können und wie es weitergehen soll.

Herbert Knapp ist nicht der erste und auch nicht der letzte Gewerkschaftskollege, der nach jahrelangen, kräftezehrenden und aufreibenden Auseinandersetzungen gesundheitlich und nervlich am Ende ist und keine Kraft mehr hat, um weiterzukämpfen. Jeder erfahrene Gewerkschafter wird dafür Verständnis aufbringen.

Wir müssen uns aber fragen, ob nicht zuletzt auch die mangelnde Solidarität vieler Kollegen und Genossen mit einem Ausschlag gegeben hat. Denn VORAN-Mitarbeiter mußten mehr als einmal mitleiden, wie unter fadenscheinigen Gründen selbst eine Solidaritätsunterschrift von Leuten verweigert wurde, die sonst unermüdlich am 1. Mai von 'Solidarität' reden und für jedes von Berufsverbot bedrohte DKP-Mitglied auf die Straße gehen. Man hat den Kopf in den Sand gesteckt. Man hat behauptet, daß ohne Solidarisierung dem Kollegen Knapp schaden würde (!). Man hat gesagt, "wir sind nicht in Duisburg, das geht uns nichts an."

Außerdem machten wir die Erfahrung, daß zwar viele IG Metall-Mitglieder spontan ihre Unterschrift gaben und mit ihren Arbeitskollegen über die Sache diskutierten. Aber die meisten Mitglieder haben vom "Fall Knapp" überhaupt nichts erfahren. Es gibt in der IG Metall zwar viele Betriebsräte, Vertrauensleute und einfache Mitglieder, die mit der Linie des Vorstandes in den letzten Streiks, in der Tarifrunde oder mit sehen Maßnahmen gegen unbequeme linke Kri-

tiker nicht einverstanden sind. Doch es fehlt, jedenfalls auf Bundesebene, ein Zusammenhalt der Linken in der IG Metall auf der Grundlage einer klaren Alternative zur Vorstandspolitik.

Die von der Redaktion VORAN in Gang gesetzten Solidaritätsaktionen in verschiedenen Städten der BRD haben neue Kontakte zwischen verschiedenen linken Gewerkschaftern hergestellt. Vielen war sofort klar, daß solche Kontakte auch über den Fall Knapp hinaus notwendig, sinnvoll und nützlich sind.

Unter den gegebenen Umständen haben wir für Herbert Knapps Schritt volles menschliches Verständnis. Trotzdem halten wir diesen Schritt - gerade zum jetzigen Zeitpunkt! - für politisch falsch. Er gibt nämlich zunächst denjenigen Antrieb, die einen so profilierten und angesehenen Gewerkschaftslinken wie Herbert Knapp mundtot machen wollten. Und er sät Resignation, Zweifel und Mißtrauen in die Reihen derer, die sich auf seine Seite gestellt haben.

Aber es besteht kein echter Grund, um jetzt in tiefe Resignation zu verfallen. Es ging ohnehin nie allein um die Person Herbert Knapp - der Angriff auf ihn war vielmehr auf alle kritischen Kräfte in der Gewerkschaft gerichtet. Solange die Linken in der IGM weiterhin isoliert und unkoordiniert bleiben, werden noch viele, ähnlich wie Herbert Knapp, den Kampf vorübergehend aufgeben.

Darin liegt die wahre Ursache seines (und aller kritischen Kräfte) vorläufigen Scheiterns. Es ist nicht der "Verrat", "Ausverkauf", "Kuhhandel eines sozialdemokratischen Opportunisten" oder "mangelndes Rückgrat", wie es von ultralinken Seite mehr oder weniger offen zu hören ist, was Herbert Knapp zu seinem Schritt bewog. Er vertrat zu seinen aktiven Zeiten die Interessen seiner Basis wie kaum ein Zweiter, er war ein mutiger und aufrechter Kritiker,



wie es gegenwärtig fast keinen in einer ähnlichen Position gibt. Doch dies alles reicht nicht aus, um als Einzelkämpfer zu bestehen, der höchstens den Rückhalt einer kleinen Gruppe von Betriebsräten hat. Kein Mensch kann alleine ein so breites Kreuz haben, daß er den Druck von oben durchstehen kann, der auf einen zukommt, wenn er eine Politik von der Art machen will, die Herbert Knapp gemacht hat. Unter diesen Umständen ist es höchstens verwunderlich, wie lange Herbert Knapp überhaupt diese Belastungen ausgehalten hat.

Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, um die Linken in den Gewerkschaften zu einer einheitlichen Front zusammenzuschliessen. Eine Front, die in der Lage sein kann, den Angriff auf einen einzelnen Kritiker geschlossen abzuwehren. Eine Front, die sich als Mindestziel setzt, die Gewerkschaften zu demokratisieren.

Der Kampf gegen die drohende Maßregelung Knapps ist vorbei. Der Kampf um die zukünftige Linie und die Demokratisierung der IG Metall geht aber weiter. Wenn wir jetzt offen und ehrlich über alle guten und schlechten Erfahrungen diskutieren und aus den im "Fall Knapp" deutlich gewordenen Schwächen die Konsequenzen ziehen, dann können wir den zukünftigen Auseinandersetzungen mit mehr Mut, Zuversicht und Selbstvertrauen entgegensehen.

Lest die VORAN-Broschüre:

**"FRISCHER WIND AUS DEN BETRIEBEN  
Aussichten für die Gewerkschaftsbewegung  
in der BRD"**

Preis: 1,50 DM. Zu bestellen bei der Redaktion.

**WIR MÜSSEN FRAGEN:** Waren wir offensiv genug? Hat jeder von uns wirklich alles versucht, um auf örtlicher und überregionaler Ebene andere Kollegen anzusprechen? Und waren wir auch wirklich ausser-sichend informiert, um alle Fragen, aber auch die Lügen, Gerüchte und Verleumdungen, die ausgestreut worden und zur Genüge im Umlauf waren, zu beantworten?

Andererseits haben wir aber auch viele positiven Erfahrungen gemacht: Binnen Wochenfrist konnte in Remscheid eine Solidaritätsveranstaltung der Jusos - trotz aller damit verbundenen Hindernisse und Krüppel, die den Initiatoren zwischen die Beine flogen - fast 30 interessierte Besucher mobilisieren.

In mehreren Großstädten waren öffentliche Veranstaltungen noch vor dem 1. Mai in Vorbereitung. Es war möglich, Kollegen für die Solidarität zu gewinnen.

Nach dem Stahlarbeiterstreik zog der Vertrauenskörper der Mannesmann Hüttenwerke AG von Duisburg-Hucklingen Bilanz. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderte er u. a.:

**"1. KONSEQUENZEN FÜR DIE TARIFKOMMISSION:**

- Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung / Anteil der hauptamtlichen Funktionäre / Art der delegierenden Betriebe)
  - Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission
  - Öffentlichkeit für IG Metall-Mitglieder
  - Namentliche Abstimmung
  - Gebundenes Mandat
- 2. SATZUNGSÄNDERUNG:**
- Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmungen
  - Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat"

Diese Forderungen sind gerade jetzt aktueller denn je. Sie könnten den Ausgangspunkt bilden für einen Diskussionsprozeß in allen Gewerkschaften, der zu ihrer Demokratisierung führt.

Die jetzt in Gang gekommene Solidarisierung mit Herbert Knapp muß weitergeführt werden zu einem grundsätzlichen Diskussionsprozeß. Alle linken und aufrechten Kämpfer in der IG Metall brauchen gerade jetzt ein klares und einheitliches gemeinsames Konzept.

In den kommenden Jahren stehen schwere Angriffe des Kapitals auf alle gewerkschaftlichen Rechte und auf alle Errungenschaften der Arbeiterklasse bevor.

Nur eine durch und durch demokratische Gewerkschaft wird in der Lage sein, diese Angriffe abzuwehren und die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. . . .

(ANMERKUNG: Die auf diesem Flugblatt enthaltene Stellungnahme stammt alleine von der Redaktion VORAN und wurde mit niemandem abgesprachen)

VORAN ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven Jungsozialisten, Gewerkschaftlern und Falken gemacht wird. Finanziert wird VORAN alleine durch die Spenden ihrer Leser und Anhänger. Wer VORAN abonnieren will, wende sich an die Redaktionsanschrift. Vi.S.d.P. und verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid, Tel.: 02191/81264. Der Abonnementspreis für 6 Ausgaben beträgt 7,- DM und ist im Voraus auf das Konto H.G.Öfinger, 170 20-433, Postscheckamt Essen einzuzahlen. Spendenkonto: Angela Bankert, 2422 50-432, Postscheckamt Essen.